



## **B e r i c h t**

### **der Landesregierung**

**Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden  
und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 1999/2000**

Federführend ist die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.

# Inhaltsübersicht

		<b>Fundstellen</b>	
		<b>Text Seite</b>	<b>Tabelle Nr. (Anhang)</b>
<b>I</b>	<b>Vorbemerkung</b>	<b>4</b>	
<b>II</b>	<b>Zahlenmäßige Entwicklungen</b>		
	1. Ist-Zahlen		
	• Schülerinnen und Schüler	<b>7</b>	<b>1.3, 1.4</b>
	• Klassen, Klassenfrequenzen	<b>9</b>	<b>1.3, 1.5</b>
	• Orientierungsstufe/Übergänge auf weiterführende Schulen	<b>10</b>	<b>1.6 - 1.9</b>
	2. Prognosen	<b>13</b>	<b>1.1, 1.2</b>
<b>III</b>	<b>Unterrichtsversorgung</b>		
	1. Sicherung des Unterrichtsangebots durch das Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung	<b>14</b>	
	2. Einstellungssituation	<b>15</b>	<b>6.1, 6.2</b>
	3. Stellensituation	<b>16</b>	<b>2.0</b>
	4. Unterrichtsversorgung (Indikatoren)	<b>17</b>	<b>3.1 - 4.1.5</b>
	5. Lehrerstunden für besondere Maßnahmen	<b>22</b>	<b>4.2 - 4.3.5</b>
	6. Begrenzung von Unterrichtsausfall	<b>23</b>	
<b>IV</b>	<b>Ländervergleich Relationen</b>		<b>5.1, 5.2</b>
	1. Schülerinnen und Schüler je Klasse/Kl.-Frequenz	<b>25</b>	
	2. Erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler	<b>26</b>	
<b>V</b>	<b>Qualitative Aspekte des Unterrichtsangebots und der Bildungsarbeit</b>		
	1. Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -verbesserung	<b>27</b>	
	2. Schulprogramm	<b>31</b>	
	3. Dezentralisierung	<b>32</b>	
	4. Lehrplanrevision	<b>33</b>	
	5. Die modernen IuK-Techniken in den Schulen	<b>34</b>	
	6. IT-Ausbildungsinitiative Schleswig-Holstein	<b>36</b>	

7.	Interkulturelles Lernen	37	7
8.	Förderung benachteiligter Jugendlicher beim Übergang in die berufliche Bildung	39	1.2
9.	Integration von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern	42	
10.	Prävention von Sprachstörungen	44	
11.	Förderung der Deutschen Gebärdensprache	44	
12.	Fremdsprachen in der Grundschule	44	
13.	Bilingualer Unterricht an Gymnasien und Realschulen	45	
14.	Europaklasse Niebüll/Tondern	46	
15.	Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten	47	
16.	Anpassung der Abiturprüfungsverordnung, der Berufsschulordnung, der Berufsfachschulordnung, der Fachschulordnung	48	
17.	Einführung der Berufsoberschule	49	
<b>VI</b>	<b>Tabellenanhang</b>	<b>50</b>	

## **I Vorbemerkung**

Dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ist aufgrund seines Beschlusses vom 16.03.1977 jährlich ein Bericht über die Unterrichtssituation an schleswig-holsteinischen öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zu erstatten, der aufgrund des Beschlusses des Bildungsausschusses vom 10.10.1990 seit dem Schuljahr 1990/91 auch Aussagen zu Art und Umfang der für besondere Maßnahmen erteilten Unterrichtsstunden beinhaltet. Darüber hinaus hat der Schleswig-Holsteinische Landtag am 27.08.1993 beschlossen, in dem Bericht zur Unterrichtssituation auch das Verfahren der Planstellenzuweisung und -verteilung transparent darzulegen.

Dem diesjährigen Bericht liegt das Ergebnis der Erhebung schulstatistischer Daten der Unterrichtswoche vom 13.09. bis 18.09.1999 an den allgemeinbildenden und vom 27.09. bis 02.10.1999 an den berufsbildenden Schulen zu Grunde.

Eine Erhebung zum Unterrichtsausfall wurde im laufenden Schuljahr nicht vorgenommen, da diese - gemäß o.g. Beschluss - nur alle drei Jahre durch Teilerhebung in drei Kreisen bzw. kreisfreien Städten durchgeführt wird. Die letzte Erhebung erfolgte im Schuljahr 1998/99 in der Stadt Kiel und in den Kreisen Ostholstein und Segeberg. Über die Ergebnisse wurde dem Schleswig-Holsteinischen Landtag im letztjährigen Bericht zur Unterrichtssituation berichtet, auf den insoweit verwiesen wird (vgl. Drs 14/2146 vom 12.05.1999). Zur aktuellen Situation wird in Abschnitt III Stellung genommen.

Insgesamt ist festzustellen, dass auch vor dem Hintergrund steigender Schülerzahlen die sowohl quantitativ als auch qualitativ gute Unterrichtsversorgung gehalten werden konnte.

Bildung hat für die Landesregierung oberste Priorität. Deutlichster Beleg dafür sind die 1200 zusätzlichen Lehrerstellen, die bis zum Schuljahr 2005/06 geschaffen werden. Gleichzeitig wird die begonnene Modernisierung der Schulen im Rahmen stärkerer Eigenverantwortung fortgesetzt. Die Schulprogramme sämtlicher Schulen und Schularten werden planmäßig bis Mitte des Jahres 2002 vorliegen. Darin sind die Fragen der Qualitätsentwicklung und -sicherung von zentraler Bedeutung.

Schleswig-Holstein steht im Schulbereich vor dem größten Personalrevirement seit den

70er Jahren. In den nächsten Jahren ist die Personalentwicklung im Schulbereich angesichts von rund 500 neu zu besetzenden Stellen mit Schulleiterinnen und Schulleitern dringlich. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur hat deshalb eine Projektgruppe eingesetzt, die ein Konzept zum Aufbau einer systematischen Personalentwicklung im Dialog mit den Beteiligten erarbeitet. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe werden zeitnah vorgelegt und sicherstellen, dass auch in Zukunft Schleswig-Holsteins Schulen qualifizierte Schulleiterinnen und Schulleiter haben werden. Mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung von Schulen ist nur einzulösen, wenn die Bereitschaft zur Rechenschaft und zur Evaluation besteht, das heißt zur Überprüfung dessen, was und wie gelernt wird. Im Dialog mit allen Beteiligten wird das Bildungsministerium die Ergebnisse verschiedener Verfahren und Formen der Qualitätssicherung und -entwicklung diskutieren.

Dazu gehören die

- dezentralen Abschlussprüfungen mit schulaufsichtlicher Rahmensteuerung
- Selbst- und Fremdevaluation der Schulen
- und die Setzung von Qualitätsstandards auch in den Hauptschulen.

Dazu gehörten auch die nationalen und internationalen Vergleichsuntersuchungen über den Leistungs- und Entwicklungsstand von Schulen. Die Akzeptanz dieser Studien ist mittlerweile weithin gesichert. Im Übrigen sind diese Ergebnisse für Schleswig-Holsteins Schulen erfreulich. Jüngstes Beispiel sei die Bundeswehr-Studie über Testleistungen wehrpflichtiger junger Männer. Darin wird den Intelligenzleistungen und den Rechtschreibkenntnissen der Untersuchungsgruppe überdurchschnittliche Leistungen attestiert.

Zum Schuljahr 2001/2002 plant das Bildungsministerium die partielle und probeweise Verkürzung der Schulzeit an schleswig-holsteinischen Gymnasien. Damit soll schnell lernenden Schülerinnen und Schülern mit einem breiten Begabungsspektrum ein Angebot gemacht werden und zugleich - unter Sicherung der gewohnten Qualität des gymnasialen Bildungsabschlusses - ein Beitrag zur besseren Konkurrenzfähigkeit unserer Gymnasialabsolventinnen und -absolventen auf dem europäischen Arbeitsmarkt geleistet werden.

Das Konzept des Ministeriums sieht für zwei verschiedene Erprobungsvarianten eine

fünfjährige statt, wie bisher, eine sechsjährige Sekundarstufe I vor. Die Schüler-innen und Schüler besuchen anschließend eine ungekürzte dreijährige Oberstufe, bestehend aus Einführungszeit und Qualifikationsphase. An Standorten, an denen es mindestens vier Gymnasien gibt, soll die Erprobung des achtjährigen Bildungsganges in ganzen Jahrgängen einer Schule - also in sämtlichen Zügen - erfolgen. Außerhalb der großen Schulstandorte in Regionen mit einem weniger breiten Gymnasialangebot wird der Modellversuch vorzugsweise an vierzügigen, mindestens aber dreizügigen Schulen nur in einzelnen Zügen durchgeführt werden. Dabei wird auf eine möglichst breite regionale Streuung geachtet.

Die Gestaltung der Stundentafeln für diese Modellversuche wird die Sicherung der der bisherigen Bildungsqualität in jedem Falle gewährleisten. Auch die Lehrpläne werden dem verkürzten Ausbildungsgang angepasst.

Die aktive Teilhabe an der Entwicklung der Informations- und Kommunikationsgesellschaft ist eines der wichtigsten Bildungs- und Erziehungsziele des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts. Daher werden bis zum Ende des Jahres 2001 alle Schulen einen Internetzugang und damit Zugang zum elektronischen Wissen der Welt haben. Das Land unterstützt die Schulen bei der Durchführung dieses Programms aus Mitteln des Landesprogramms „Arbeit - Bildung - Innovation“ mit bereitgestellten Mitteln in Höhe von 6,3 Millionen Mark. Ziel für die Jahre nach 2001 ist es, pro Klassenraum mehrere Computerarbeitsplätze zur Verfügung zu haben, damit individuell und arbeitsteilig gelernt werden kann.

Von zentraler Bedeutung ist die Lehrerfortbildung. Die bisherigen Fortbildungsprogramme, die knapp 10.000 Lehrkräfte erreicht haben, werden fortgeführt. Viele Schulen nutzen darüber hinaus Fortbildungsangebote von Firmen und Sponsoren. Lehrerfortbildung soll in Zukunft auch online möglich sein. Ein entsprechendes Angebot ist im Aufbau ([www.lernnetz-sh.de](http://www.lernnetz-sh.de)).

## II Zahlenmäßige Entwicklungen (Tab. 1.1 bis 1.9 im Tabellenanhang)

### 1. Ist-Zahlen

#### Schülerinnen und Schüler

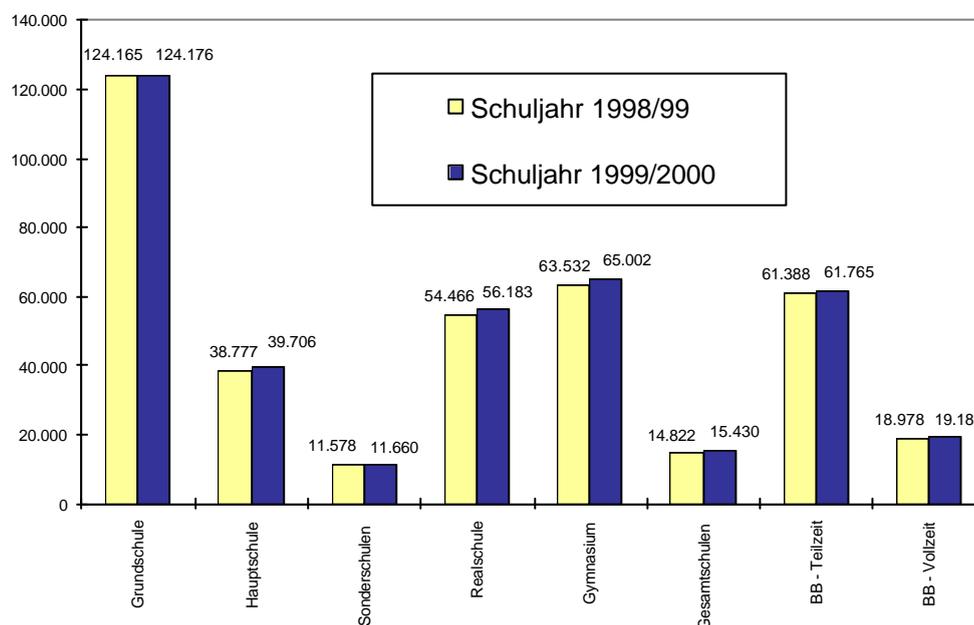
Die Zahl der Schülerinnen und Schüler **an den allgemeinbildenden Schulen** ist gegenüber dem Vorjahr um fast 4.900 auf insgesamt 315.000 angewachsen. Dies entspricht einem Anstieg um 1,6% (Vorjahr: 1,5%).

Den höchsten Anstieg in absoluten Zahlen verzeichnen die Realschulen mit einer Zunahme von rd. 1.700 Schülerinnen und Schülern (3,2%), gefolgt von den Gymnasien mit 1.470 (2,3%) und den Hauptschulen mit rd. 930 (2,4%). Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Gesamtschulen hat um rd. 610 (4,1%) und an den Sonderschulen um rd. 80 (0,7%) zugenommen. In den Grundschulen ist die Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben, allerdings ist die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger um über 1.500 zurückgegangen. Im Vergleich dazu war vom Schuljahr 1997/98 auf das Schuljahr 1998/99 in den Grundschulen noch ein Anstieg der Schülerzahl von rd. 2.100 zu verzeichnen, wobei die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger mit rd. 500 bereits in diesem Zeitraum eine rückläufige Tendenz aufwies. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler **an den berufsbildenden Schulen** ist insgesamt um 580 (0,7%) gestiegen, im Teilzeitbereich um 377 (0,6%) und im Vollzeitbereich um 203 (1,1%) Schülerinnen und Schüler.

**Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Vergleich zum Vorjahr**

	Schuljahr 1998/99	Schuljahr 1999/2000	Zu- bzw. Abnahme	
			absolut	in %
Grundschule	124.165	124.176	11	0,0
Hauptschule	38.777	39.706	929	2,4
Sonderschulen	11.578	11.660	82	0,7
Realschule	54.466	56.183	1.717	3,2
Gymnasium	63.532	65.002	1.470	2,3
Gesamtschulen	14.822	15.430	608	4,1
Berufsschule	61.388	61.765	377	0,6
Berufsfachschule	9.682	9.713	31	0,3
Fachoberschule	862	974	112	13,0
Fachgymnasium	5.773	5.767	- 6	0,1
Fachschule	2.661	2.727	66	2,5

Abb. 1



## **Klassen, Klassenfrequenzen**

Die erhebliche Zunahme der Anzahl der Schülerinnen und Schüler stellte für die Schulen eine schwierige Herausforderung dar. Mit Blick auf die Klassenfrequenzen und Anzahl der Klassen ist festzustellen, dass die Verantwortlichen individuell und sehr sensibel auf die steigenden Schülerzahlen reagieren und um einen möglichst effizienten Einsatz der Personalressourcen bemüht sind. Die anhaltend im Ländervergleich niedrigen durchschnittlichen Klassenfrequenzen sind ein wesentlicher Bestandteil zur Sicherung der Unterrichtsqualität.

Die Zahl der Klassen ist **in den allgemeinbildenden Schularten** im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Lediglich die Sonderschulen verzeichnen mit Ausnahme der Schule für Geistigbehinderte (+ 3,7%) einen Rückgang von insgesamt 1,4%. Die Grundschule hat mit 0,2% den geringsten und das Gymnasium mit 2,6% den höchsten Anstieg der Zahl der Klassen. Dabei ist zu beachten, dass die Zunahme der Zahl der Klassen insgesamt geringer ausgefallen ist als der Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler; das heißt, dass ein Teil der zusätzlichen Schülerinnen und Schüler in vorhandenen Klassen aufgenommen worden ist.

In Folge dessen haben sich auch die Klassenfrequenzen insgesamt geringfügig erhöht, in einigen Schularten sind sie demgegenüber konstant geblieben bzw. sogar gesunken.

**In den berufsbildenden Schulen** ist die Klassenzahl insgesamt um 53 (1,4%) gestiegen, dabei hat sich allein die Zahl der Klassen für Auszubildende um 52 erhöht.

**Entwicklung der Klassenzahlen und -frequenzen in den einzelnen Schularten  
im Vergleich zum Vorjahr**

*Übersicht 2*

Schulart	Klassen Ist- Zahlen 1999/00	Klassen Ist- Zahlen 1998/99	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr		Klassenfrequenzen	
			absolut	in %	1999/00	1998/99
<b>Schulkindergarten</b>	165	165	0	0,0	10,4	10,5
<b>Grundschule</b>	5.697	5.687	10	0,2	21,8	21,8
<b>Hauptschule</b>	1.931	1.906	25	1,3	20,6	20,3
zusammen	7.628	7.593	35	0,5	21,5	21,5
<b>Förderschule</b>	677	696	-19	-2,7	11,5	11,2
<b>Schule f. Geistigbeh.</b>	311	300	11	3,7	7,3	7,1
<b>Sonst. Sonderschulen</b>	177	186	-9	-4,8	8,9	9,0
Sonderschulen zus.	1.165	1.182	-17	-1,4	10,0	9,8
<b>Realschule</b>	2.448	2.384	64	2,7	23,0	22,8
<b>Abendrealschule</b>	30	28	2	7,1	23,4	23,0
<b>Gymnasium (KI.-St. 5 - 10)</b>	1.972	1.922	50	2,6	24,1	24,0
<b>Gymnasium (Jg.-St. 11)</b>	264	266	-2	-0,8	23,1	23,1
<b>Gesamtschulen (KI.-St. 5 - 10)</b>	545	535	10	1,9	23,8	23,7
<b>Gesamtschulen (Jg.-St. 11)</b>	42	40	2	5,0	23	21,9
<b>Berufsschule (Teilzeitform)</b>	3.321	3.269	52	1,6	18,6	18,8
darunter Jugendliche:						
mit Ausbildungsverhältnis	3.021	2.969	52	1,8	18,9	19,1
im ausbildungsvorb. Jahr	60	58	2	3,4	14,7	15,3
in berufsvorb. Maßnahmen	185	189	-4	-2,1	13,7	13,9
<b>Berufsb. Vollzeitschulen *)</b>	628	627	1	0,2	21,4	21,1
davon Berufsfachschule	436	440	-4	-0,9	22,3	22,0
davon Fachoberschule	46	42	4	9,5	21,2	20,5
davon Fachschule	146	145	1	0,7	18,7	18,4

\*) ohne Fachgymnasium

**Orientierungsstufe/Übergänge auf weiterführende Schulen**

Zu Beginn des Schuljahres 1999/2000 wechselten rd. 28.700 Schülerinnen und Schüler auf weiterführende Schulen. Dies sind 800 mehr als im Vorjahr, wobei sich die Quoten des Übergangs auf die einzelnen Schularten nur geringfügig verändert haben.

### Übersicht 3

	Zahl der neu aufgenommenen Schüler/innen		Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Übergangsquote 1998/99	Übergangsquote 1999/2000
	1998/99	1999/2000	abs.	In %	in %	in %
Hauptschule	5.907	5.892	-15	-0,3	20,8	20,2
Realschule	10.290	10.651	361	3,5	36,2	36,5
Gymnasium	9.487	9.858	371	3,9	33,4	33,8
Gesamtschulen	2.209	2.318	109	4,9	7,8	7,9
insgesamt	27.893	28.719	826	3,0	-	-

Im Vergleich zum Vorjahr hat die absolute Zahl der Übergänge zugenommen: auf das Gymnasium um 371 (auf insgesamt 9.858), auf die Realschule um 361 (auf insgesamt 10.651) und auf die Gesamtschulen um 109 (auf insgesamt 2.318). Die Übergänge auf die Hauptschule sind nahezu unverändert geblieben (-15).

Die Differenzierung der Übergänge nach Geschlecht zeigt, dass beim Übergang auf die Realschule und das Gymnasium die Zahl der Mädchen zugenommen hat und - prozentual betrachtet - sogar überwiegt, während dieses bei den Gesamtschulen nicht mehr der Fall ist. Beim Übergang auf die Hauptschule überwiegen nach wie vor die Jungen.

Insgesamt liegt der Anteil der Eltern, die der Schulartempfehlung des Entwicklungsberichtes folgen bei 76,8% (Vorjahr: 77,2%). Vom Grundschulgutachten abweichend auf eine Realschule bzw. ein Gymnasium wurden insgesamt 22,3% (Vorjahr: 21,9%), vom Grundschulgutachten abweichend auf eine Haupt- bzw. Realschule wurden insgesamt 0,8% (Vorjahr: 0,9%) der Kinder angemeldet. Die absolute Zahl der sogenannten Doppelabweichungen ist seit Jahren mehr oder weniger konstant; sie betrug im laufenden Schuljahr 96.

Die Empfehlungs- und Anmeldequoten für die einzelnen Schularten zeigen in der längerfristigen Betrachtung einen relativ konstanten Verlauf. Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr stellen sich wie folgt dar:

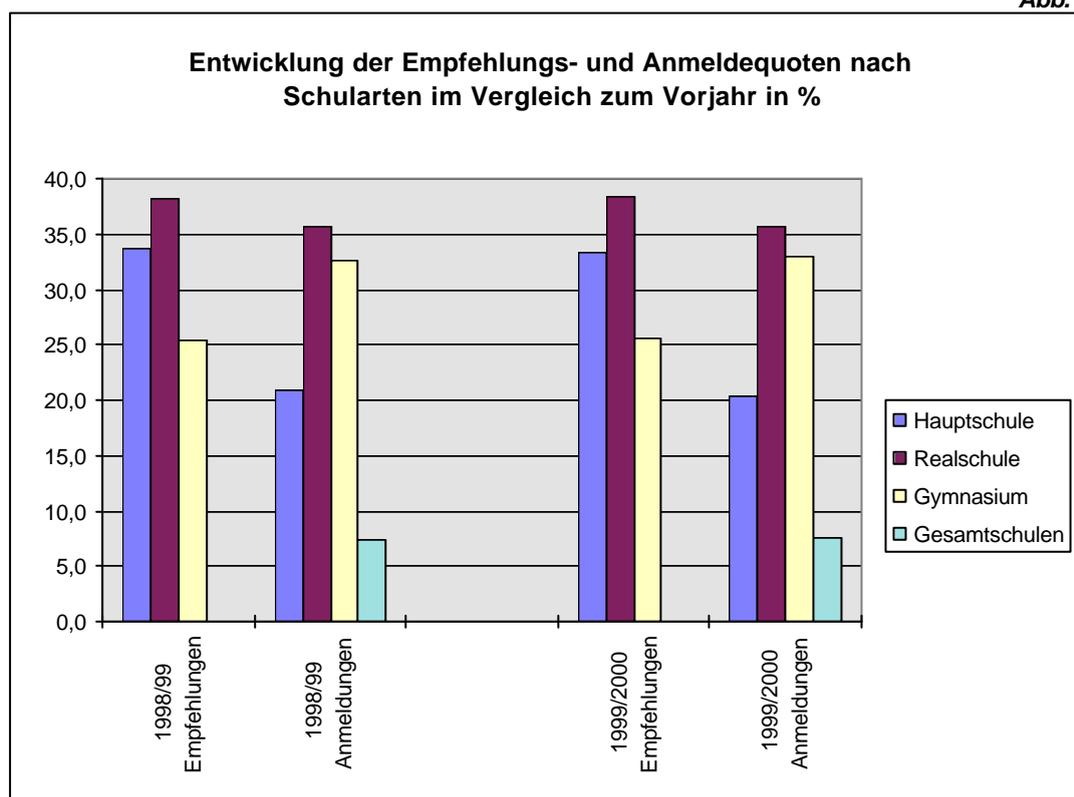
**Entwicklung der Empfehlungs- und Anmeldequoten für die einzelnen Schularten im Vergleich zum Vorjahr**

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschulen
1998/99 Empfehlungen	33,7	38,2	25,4	.
1998/99 Anmeldungen	20,9	35,7	32,7	7,4
1999/2000 Empfehlungen	33,4	38,3	25,5	.
1999/2000 Anmeldungen	20,3	35,7	33,0	7,5
<b>Veränderung der Anmeldungen gegenüber Vorjahr</b>	<b>-0,6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>

Die Abweichungen von 100 % sind begründet durch Übergänge auf Schulen in freier Trägerschaft sowie Veränderungen des Schülerbestandes im Laufe des vorhergehenden Schuljahres.

LTÜB0063

Abb. 2



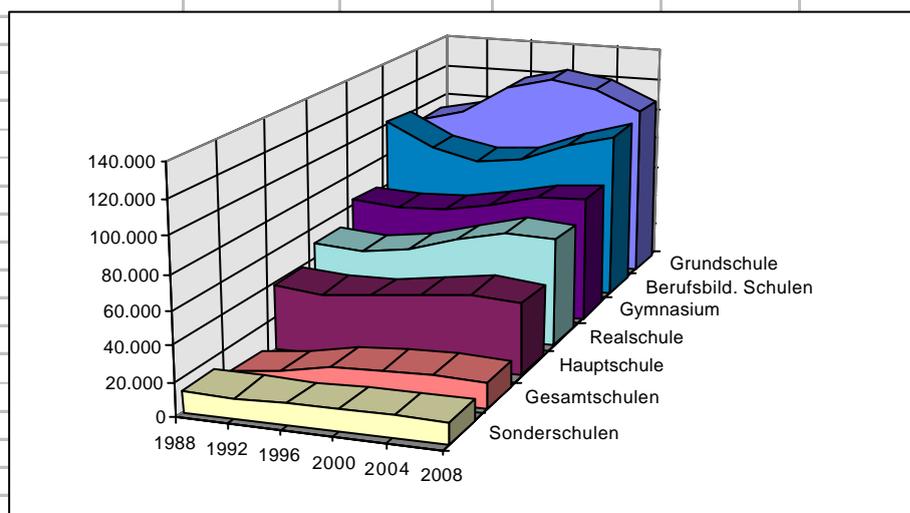
## 2. Prognosen

Die Schüler-Ist-Zahlen bleiben gegenüber der Schülervorausberechnung vom Februar 1999 bei den allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt um 0,8% und bei den berufsbildenden Schulen im Durchschnitt um 0,5% zurück.

Übersicht 5/Abb .3

Entwicklung und Prognosen der Schülerzahlen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen 1988 bis 2008						
	1988	1992	1996	2000	2004	2008
Grundschule	91.966	98.190	117.462	124.887	119.986	106.284
Hauptschule	39.382	36.449	37.904	41.562	45.319	43.824
Sonderschulen	12.219	11.401	11.522	12.014	12.578	12.405
Realschule	49.416	47.457	51.086	59.568	66.324	64.770
Gymnasium	62.482	60.830	61.456	66.837	73.707	75.183
Gesamtschulen	4.750	8.428	13.461	15.457	15.660	15.641
Berufsbild. Schulen	100.632	86.965	79.865	82.578	94.360	102.619

Liüb0020



Eine Neuerstellung der Schülervorausberechnung ist für Mitte d.J. vorgesehen. Voraussetzung hierfür ist die Anpassung der zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder an die landesinternen Besonderheiten durch das Statistische Landesamt.

### **III Unterrichtsversorgung**

#### **1. Sicherung des Unterrichtsangebots durch das Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung**

Um angesichts des Schüleranstiegs und der angespannten finanziellen Gesamtsituation der öffentlichen Haushalte die Unterrichtsversorgung an den Schulen langfristig auf einem gleich bleibend guten Niveau zu halten und den Schulen einen verlässlichen Rahmen zu geben, hat die Landesregierung 1996 das „Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung“ für die Schuljahre 1996/97 bis 1999/2000 entwickelt und in Kraft gesetzt.

Dem Konzept lag ein prognostizierter Anstieg der Schülerzahlen um 35.000 Schülerinnen und Schüler zu Grunde. Unter Berücksichtigung weiteren, strukturbedingten Bedarfs war im Zeitraum 1996 bis 2000 insgesamt ein Bedarf von 2.100 Stellen berechnet worden und zu decken. Hierfür waren die folgenden Maßnahmen vorgesehen:

- Bereitstellung von 622 zusätzlichen Stellen durch den Landeshaushalt;
- Erwirtschaftung von 740 Stellen durch Kürzung der Altersermäßigung und durch Überführung von Ausgleichsstunden in den Unterricht an Schulen;
- Verringerung des Unterrichtsangebots vor allen im sogenannten „Angebotsbereich“ (nicht obligatorischer Unterricht) im Werte von 500 Stellen;
- Erwirtschaftung von 226 Stellenwerten durch organisatorische Veränderungen wie z.B. Rückführung von Abordnungen, Schulentwicklungsplanung.

Dieses Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung ist bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes (Schuljahr 1999/2000) umgesetzt worden. Über die im Konzept beabsichtigten Maßnahmen hinaus ist der Pflichtstundenerlass mit Wirkung zum 01.08.1999 in der Weise geändert worden, dass die Arbeitszeitverlängerung für beamtete Lehrkräfte im Umfang von 0,5 Stunde unbefristet fortgilt. Zudem ist eine sogenannte Vorgriffsstunde eingeführt worden, die für Beamte eine halbe Unterrichtsstunde und für angestellte Lehrkräfte eine Unterrichtsstunde beträgt. Durch die Einführung der Vorgriffsstunde wurde ab dem 01.08.1999 zusätzlicher Unterricht im Wert von ca. 300 Stellen erwirtschaftet. Dies ist eine zusätzliche Leistung, die von den Lehrkräften zu erbringen war und das Ergebnis von Vereinbarungen der Bildungsministerin mit den Gewerkschaften. Hierdurch ist es auch möglich geworden, die letzten 200 neuen Stellen aus dem Konzept zur Unterrichtssicherung statt zum Schuljahr 1999/2000 zum

Schuljahresbeginn 2000/01 zur Verfügung zu stellen. Die rd. 100 zusätzlichen Stellenwerte sind in das Konzept für die Jahre 2000/01 bis 2005/06 übernommen worden.

## **2. Einstellungssituation** (Tab. 6.1, 6.2 im Tabellenanhang)

Zum Schuljahr 1999/00 haben sich rund 5.000 Bewerberinnen und Bewerber, darunter rd. 2.200 aus Schleswig-Holstein, für den Schuldienst beworben. Insgesamt sind 1.129 Bewerberinnen und Bewerber eingestellt worden, davon 491 Lehrerinnen und Lehrer unbefristet und 638 Bewerberinnen und Bewerber mit befristeten Verträgen. In der Regel sind Verträge mit voller Stundenzahl angeboten worden; Teilzeitverträge wurden nur in Einzelfällen, häufig auf Wunsch der Bewerberinnen und Bewerber, abgeschlossen.

Für den Vorbereitungsdienst lagen rd. 1.400 fristgerecht und mit vollständigen Unterlagen eingegangene Bewerbungen vor, davon rd. 790 von landeseigenen Hochschulen und rd. 570 aus anderen Ländern der Bundesrepublik.

Insgesamt sind 518 Bewerberinnen und Bewerber in den Vorbereitungsdienst eingestellt worden, davon 399 von landeseigenen Hochschulen.

291 Bewerberinnen und Bewerber (ohne Fachlehrer/innen) aus Schleswig-Holstein mit fristgerecht und vollständig eingereichten Bewerbungsunterlagen erhielten aufgrund der begrenzten Zahl von Ausbildungsstellen und der damit verbundenen Auswahlverfahren (z.B. Berücksichtigung der Durchschnittsnote des 1. Staatsexamens) kein Einstellungsangebot.

Zum 1. Februar 2000 konnten im Vorbereitungsdienst 25 neue Stellen zusätzlich besetzt werden.

Hinsichtlich des Sonderprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten wird auf Abschnitt V verwiesen.

### 3. Stellensituation (Tab. 2.0 im Tabellenanhang)

Die Zahl der für Schule und Unterricht zur Verfügung stehenden Stellen hat sich haushaltsmäßig gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die Relation „**Schülerinnen und Schüler je Stelle**“ spiegelt wider, wie viele Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulart durchschnittlich mit einer Lehrerstelle im Unterricht versorgt werden. Es handelt sich um eine statistische Messzahl, die den Umfang der von der Landesregierung für Lehrpersonal bereitgestellten Haushaltsmittel im Verhältnis zur Schülerzahl angibt.

#### Übersicht 6

#### Entwicklung der Zahl der Stellen <sup>1)</sup> und die sich daraus ergebende Relation „Schülerinnen und Schüler je Stelle“

Schulart	Schuljahr 1998/99		Schuljahr 1999/2000	
	Anzahl der Stellen <sup>2)</sup>	Relation Schüler/inne n je Stelle	Anzahl der Stellen <sup>2)</sup>	Relation Schüler/inne n je Stelle
Grund- und Hauptschule	7.994,6	20,4	8.004,4	20,5
Sonderschulen	1.477,8	7,8	1.488,6	7,8
Realschule	3.099,0	17,6	3.106,4	18,1
Gymnasium	4.368,2	14,5	4.369,5	14,9
Gesamtschulen <sup>3)</sup>	1.168,1	13,2	1.146,5	14,0
Berufsbildende Schulen	3.217,1	25,0	3.228,9	25,1

1) Einschließlich der in Stelle gegenwerte umgerechneten Haushaltsmittel; ohne Stellen für Schulkindergärten und Abendschulen.

2) Die für Förderzentrumsarbeit eingesetzten Stellen des Sonderschulkapitels betragen: 1998/99 = 513, 1999/2000 = 510; sie wurden der Schulart zugeordnet, in der sie erteilt wurden.

3) Für die Berechnung des Relationswertes wurde die Stellenzahl um den rechnerischen Stelle gegenwert für Ganztagsangebote bereinigt:

für 1998/99: 1.168,1 Stellen - 46,8 Stellen = 1.121,3 Stellen

für 1999/00: 1.146,5 Stellen - 43,9 Stellen = 1.102,6 Stellen

#### **4. Unterrichtsversorgung (Indikatoren)** *(Tab. 3.1 bis 4.1.5 im Tabellenanhang)*

Die Unterrichtsversorgung für die Schuljahre 1998/99 und 1999/00 ist in der Übersicht 8.1 auf der Basis der insgesamt erteilten Unterrichtsstunden und der sich daraus ergebenden Indikatoren

- Schülerinnen und Schüler je Klasse sowie

- erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler

nach Schularten differenziert dargestellt worden. Eine Aufschlüsselung nach Kreisen ist in den o.g. Tabellen dargestellt.

Das schülerbezogene Personalbemessungs- und Planstellenzuweisungsverfahren stellt innerhalb der jeweiligen Schulart eine möglichst ausgeglichene Unterrichtsversorgung zwischen den Kreisen bzw. Schulen sicher. Dabei werden besondere strukturelle Bedingungen (z.B. kleine Schulen, Inseln) ebenso berücksichtigt wie besondere Angebote (z.B. bilingualer Unterricht).

Übersicht 7.1

Darstellung der Unterrichtsversorgung aufgrund der erteilten Unterrichtsstunden und der sich danach ergebenden Indikatoren an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 1998/99 und 1999/2000

Schulart		Insgesamt erteilte Unterrichtsstunden <sup>1)</sup> (Lehrerstunden) abs.	davon erteilt		Schüler/-innen	Klassen	Indikatoren	
			bezogen auf die Fächer der Stunden-tafel abs.	für Förderungs-, Differenzierungsmaßn., Arbeitsgemein-schaften etc. <sup>2)</sup> abs.			Klassen-fre-quenz	erteilte U-Stunden je Schüler/-in
Grundschule	1998/1999	129.947,8	118.583,6	11.364,2	124.165	5.687	21,8	1,05
	1999/2000	132.155,6	119.946,0	12.209,6	124.176	5.697	21,8	1,06
Hauptschule	1998/1999	57.186,9	50.638,2	6.548,7	38.777	1.906	20,3	1,47
	1999/2000	58.127,1	51.300,0	6.827,1	39.706	1.931	20,6	1,46
Förderschule	1998/1999	17.290,9	15.465,1	1.825,8	7.775	696	11,2	2,22
	1999/2000	17.483,3	15.482,3	2.001,0	7.813	677	11,5	2,24
Realschule <sup>3)</sup>	1998/1999	74.424,8	68.908,4	5.516,4	54.466	2.384	22,8	1,37
	1999/2000	76.144,2	70.576,1	5.568,1	56.183	2.448	23,0	1,36
Gymnasium <sup>3)</sup> Kl.St. 5-10	1998/1999	60.190,1	54.919,5	5.270,6	46.048	1.922	24,0	1,31
	1999/2000	61.787,7	56.466,9	5.320,8	47.609	1.972	24,1	1,30
Gymnasium <sup>3)</sup> Jg.St. 11-13	1998/1999	32.624,0	32.624,0	0,0	17.484	.	.	1,87
	1999/2000	32.496,0	32.496,0	0,0	17.393	.	.	1,87
Gesamtschulen Kl.St. 5-10	1998/1999	21.190,6	17.978,2	3.212,4	12.706	535	23,7	1,67
	1999/2000	20.713,8	17.797,8	2.916,0	12.980	545	23,8	1,60
Gesamtschulen Jg.St. 11-13	1998/1999	4.111,0	4.111,0	0,0	2.116	.	.	1,94
	1999/2000	4.626,0	4.626,0	0,0	2.450	.	.	1,89
Allgemeinb. Schulen Kl.St. 1-10	1998/1999	360.231,1	326.493,0	33.738,1	283.937	13.130	21,6	1,27
	1999/2000	366.411,7	331.569,1	34.842,6	288.467	13.270	21,7	1,27
<b>Allgemeinbildende Schulen zus.</b>	<b>1998/1999</b>	<b>396.966,1</b>	<b>363.228,0</b>	<b>33.738,1</b>	<b>303.537</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>1,31</b>
	<b>1999/2000</b>	<b>403.533,7</b>	<b>368.691,1</b>	<b>34.842,6</b>	<b>308.310</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>1,31</b>
<b>Berufsbildende Schulen zus.</b>	<b>1998/1999</b>	<b>69.002,1</b>	<b>59.996,7</b>	<b>9.005,4</b>	<b>80.366</b>	<b>3.896</b>	<b>19,1</b>	<b>0,86</b>
	<b>1999/2000</b>	<b>70.075,1</b>	<b>61.449,6</b>	<b>8.625,5</b>	<b>80.946</b>	<b>3.949</b>	<b>19,0</b>	<b>0,87</b>
davon								
-Teilzeitform	1998/1999	39.374,4	33.854,5	5.519,9	61.388	3.269	18,8	0,64
	1999/2000	40.088,6	34.804,8	5.283,8	61.765	3.321	18,6	0,65
darunter								
Jgdl. mit Aus-bildungsverh.	1998/1999	34.081,9	29.469,0	4.612,9	56.638	2.969	19,1	0,60
	1999/2000	34.838,6	30.376,8	4.461,8	57.143	3.021	18,9	0,61
-Vollzeitform	1998/1999	29.627,7	26.142,2	3.485,5	18.978	627	21,1	1,56
	1999/2000	29.986,5	26.644,8	3.341,7	19.181	628	21,4	1,56
davon								
Berufsfachschule	1998/1999	14.781,9	12.699,9	2.082,0	9.682	440	22,0	1,53
	1999/2000	14.853,8	12.820,7	2.033,1	9.713	436	22,3	1,53
Fachoberschule	1998/1999	1.286,0	1.126,0	160,0	862	42	20,5	1,49
	1999/2000	1.388,0	1.257,0	131,0	974	46	21,2	1,43
Fachgymnasium	1998/1999	9.208,0	8.722,0	486,0	5.773	.	.	1,60
	1999/2000	9.228,0	8.767,0	461,0	5.767	.	.	1,60
Fachschule	1998/1999	4.351,8	3.594,3	757,5	2.661	145	18,4	1,64
	1999/2000	4.516,7	3.800,2	716,5	2.727	146	18,7	1,66

<sup>1)</sup> ohne Unterrichtsstunden, die im Rahmen der Förderzentrumsarbeit für präventiv/kompensatorische sowie integrative Maßnahmen erteilt wurden (1998/99=12.481,1 U-Std., 1999/2000=12.998,0 U-Std. - vgl. Tab. 4.2.7)

<sup>2)</sup> Unterrichtsangebot für Schüler/innen in wechselnden Gruppen

<sup>3)</sup> ohne Abendschulen

Die Spannweite der einzelnen Indikatoren wird nachfolgend für die einzelnen Schularten aufgezeigt:

### Übersicht 7.2

Darstellung der auf Grund des Personalbemessungs- und Planstellenzuweisungsverfahrens sich ergebenden Unterrichtsversorgung und der sich danach ergebenden Indikatoren „Schüler/innen je Klasse“ und „Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler/in“

Schulart	Klassenfrequenz			Unterrichtsstunden je Schüler/in			
	in den Kreisen von	bis	Landes- durchschnitt	in den Kreisen von	bis	Landes- durchschnitt	
Grundschule	21,0	22,7	21,8	1,03	1,13	1,06	
Hauptschule	19,4	21,5	20,6	1,39	1,61	1,46	
Förderschule	10,1	13,3	11,5	1,88	2,57	2,24	
Realschule	22,0	23,9	23,0	1,31	1,46	1,36	
Gymnasium	Kl.St. 5-10	22,8	24,8	24,1	1,24	1,40	1,30
	Jg.St. 11-13 <sup>1</sup>	22,0	24,9	23,3	1,77	1,93	1,87
Gesamtschulen	Kl.St. 5-10	22,1	25,5	23,8	1,41	1,71	1,60
	Jg.St. 11-13 <sup>1</sup>	16,0	27,0	22,6	1,82	2,71	1,89
Berufsbildende Schulen in Teilzeitform	16,1	20,6	18,6	0,54	0,78	0,65	
darunter Jugendl. mit Aus- bildungsverhältnis	16,0	21,0	18,9	0,52	0,69	0,61	
Berufsbildende Vollzeitschulen	19,8	23,4	21,4	1,41	1,84	1,56	
davon Berufsfachschule	21,3	24,1	22,3	1,34	1,64	1,53	
Fachoberschule	15,5	30,0	21,2	1,12	2,03	1,43	
Fachgymnasium <sup>1</sup>	23,8	29,5	26,8	1,39	1,93	1,60	
Fachschule	15,6	25,0	18,7	1,29	2,46	1,66	

<sup>1</sup> Durchschnittliche Klassenfrequenzen in den Klassen der Jahrgangsstufe 11

Die **Unterrichtsversorgung nach der Bandbreite** der auf Grund der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden ergibt sich aus der Übersicht 7.3 (vgl. auch Tabelle 4.1). Das dort dargestellte Ergebnis konnte nur dank der gemeinsamen Anstrengung aller für Schule Verantwortlichen erreicht werden; es zeigt im Zusammenhang mit den vergleichsweise niedrigen Klassenfrequenzen, dass sich die Landesregierung im Hinblick auf die Sicherung einer guten Unterrichtsversorgung auf dem richtigen Weg befindet. Das heißt: Bei der Klassenbildung wurde nach dem für ein Flächenland richtigen Grundsatz: „So ortsnah wie möglich und so wirtschaftlich wie nötig.“ verfahren. Zusätzliche Schülerinnen und Schüler wurden so oft wie möglich in vorhandene Klassen integriert. Die Klassen wurden in der Regel erst geteilt, wenn die Zahl 29 pro Klasse überschritten war. Kleine Klassen wurden so lange wie möglich ortsnah gehalten: „Kurze Beine, kurze Schulwege“ war hier der Grundsatz, vor allem bei Grundschulklassen. Andererseits wurden z.B. Berufsschulklassen als Bezirksfachklassen geführt, wenn die Zahl der Auszubildenden vor Ort zu gering für die Bildung einer Fachklasse war, dabei hatte die Sicherung der Ausbildungsqualität Priorität. Die Schulverwaltung und die Schulleitungen haben hierbei Augenmaß gezeigt.

Übersicht 7.3

**Darstellung der Unterrichtsversorgung nach der Bandbreite der nach der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in den Schuljahren 1998/1999 und 1999/2000**

Schulart		Insgesamt erteilte Unterrichtsstunden (Lehrerstunden) abs.	davon erteilte Unterrichtsstunden bezogen auf die Fächer der geöffneten Stundentafel				Bandbreite der zu erteilenden Unterrichtsstunden nach der Stundentafel gem. der Planstellenzuweisungserlasse (nur für Klassenstufen 1 - 10)	
			abs.	%	für Förderungs-, Differenzierungsmaßnahmen, Arbeitsgemeinschaften etc. 3) abs.	%	von	bis
Grundschule <sup>1)</sup>	1998/99	129.947,8	118.583,6	91,3	11.364,2	8,7	118.533	131.703
	1999/00	132.155,6	119.946,0	90,8	12.209,6	9,2	118.977	132.197
Hauptschule <sup>1)</sup>	1998/99	57.186,9	50.638,2	88,5	6.548,7	11,5	51.598	57.332
	1999/00	58.127,1	51.300,0	88,3	6.827,1	11,7	52.288	58.098
Förderschule	1998/99	17.290,9	15.465,1	89,4	1.825,8	10,6	.	.
	1999/00	17.483,3	15.482,3	88,6	2.001,0	11,4	.	.
Realschule <sup>2)</sup>	1998/99	74.424,8	68.908,4	92,6	5.516,4	7,4	64.594	71.771
	1999/00	76.144,2	70.576,1	92,7	5.568,1	7,3	66.257	73.619
Gymnasium KI-St 5-10	1998/99	60.190,1	54.919,5	91,2	5.270,6	8,8	50.711	56.346
	1999/00	61.787,7	56.466,9	91,4	5.320,8	8,6	52.019	57.799
Gymnasium <sup>2)</sup> Jg-St 11-13	1998/99	32.624,0	32.624,0	.	.	.	.	.
	1999/00	32.496,0	32.496,0	.	.	.	.	.
Gesamtschulen KI-St 5-10	1998/99	21.190,6	17.978,2	84,8	3.212,4	15,2	16.407	18.230
	1999/00	20.713,8	17.797,8	85,9	2.916,0	14,1	16.639	18.487
Gesamtschulen Jg-St 11-13	1998/99	4.111,0	4.111,0	.	.	.	.	.
	1999/00	4.626,0	4.626,0	.	.	.	.	.
Allgemeinb. Schulen <sup>4)</sup> KI-St 1-10	1998/99	342.940,2	311.027,9	90,7	31.912,3	9,3	301.844	335.382
	1999/00	348.928,4	316.086,8	90,6	32.841,6	9,4	306.180	340.200
<b>Allgemeinb. Schulen zus.</b>	1998/99	<b>396.966,1</b>	<b>363.228,0</b>	<b>91,5</b>	<b>33.738,1</b>	<b>8,5</b>	.	.
	1999/00	<b>403.533,7</b>	<b>368.691,1</b>	<b>91,4</b>	<b>34.842,6</b>	<b>8,6</b>	.	.
<b>Berufsbildende Schulen zus.</b>	1998/99	<b>69.002,1</b>	<b>59.996,7</b>	<b>86,9</b>	<b>9.005,4</b>	<b>13,1</b>	.	.
	1999/00	<b>70.075,1</b>	<b>61.449,6</b>	<b>87,7</b>	<b>8.625,5</b>	<b>12,3</b>	.	.
davon -Teilzeitform	1998/99	39.374,4	33.854,5	86,0	5.519,9	14,0	.	.
	1999/00	40.088,6	34.804,8	86,8	5.283,8	13,2	.	.
darunter Jgdl. mit Aus- bildungsverh..	1998/99	34.081,9	29.469,0	86,5	4.612,9	13,5	.	.
	1999/00	34.838,6	30.376,8	87,2	4.461,8	12,8	.	.
-Vollzeitform	1998/99	29.627,7	26.142,2	88,2	3.485,5	11,8	.	.
	1999/00	29.986,5	26.644,8	88,9	3.341,7	11,1	.	.
darunter Berufsfachschr.	1998/99	14.781,9	12.699,9	85,9	2.082,0	14,1	.	.
	1999/00	14.853,8	12.820,7	86,3	2.033,1	13,7	.	.
Fachoberschule	1998/99	1.286,0	1.126,0	87,6	160,0	12,4	.	.
	1999/00	1.388,0	1.257,0	90,6	131,0	9,4	.	.
Fachgymnasium	1998/99	9.208,0	8.722,0	94,7	486,0	5,3	.	.
	1999/00	9.228,0	8.767,0	95,0	461,0	5,0	.	.
Fachschule	1998/99	4.351,8	3.594,3	82,6	757,5	17,4	.	.
	1999/00	4.516,7	3.800,2	84,1	716,5	15,9	.	.

<sup>1)</sup> ohne die für Integrationsmaßnahmen eingesetzten Unterrichtsstunden

<sup>2)</sup> ohne Abendschulen

<sup>3)</sup> Unterrichtsangebot für Schüler/innen in wechselnden Gruppen

<sup>4)</sup> ohne Förderschule

## 5. Lehrerstunden für besondere Maßnahmen

(Tab. 4.2 bis 4.3.5 im Tabellenanhang)

Unter den erteilten Lehrerstunden für besondere Maßnahmen sind alle Unterrichtsstunden, die sich nicht an alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam im Klassenverband richten, sondern für einzelne Schülerinnen und Schüler in wechselnden Gruppen erteilt werden, bei allen Schularten in gleicher Weise erfasst und ausgewiesen worden.

Die Lehrerstunden werden für besondere Maßnahmen wie Förderungs- und Differenzierungsmaßnahmen und Arbeitsgemeinschaften sowie an den beruflichen Schulen insbesondere für die zeitweilige Teilung von Klassen in verschiedene Ausbildungsberufe und -fachrichtungen und den gemeinsamen Laborunterricht von Fachtheorie- und Fachpraxislehrkräften eingesetzt. Der Anteil dieser Lehrerstunden beträgt:

an der Grundschule	<b>9,2%</b>	(8,7%)
an der Hauptschule	<b>11,7%</b>	(11,5%)
an der Förderschule	<b>11,4%</b>	(10,6%)
an der Realschule	<b>7,3%</b>	(7,4%)
am Gymnasium (5 - 10)	<b>8,6%</b>	(8,8%)
an den Gesamtschulen (5 - 10)	<b>14,1%</b>	(15,2%)
an den berufsbildenden Schulen	<b>12,3%</b>	(13,1%)

(in Klammern der Vorjahreswert)

Die Aufgliederung ist den Tabellen 4.2 bis 4.2.6 sowie 4.3 bis 4.3.5 im Tabellenanhang zu entnehmen. Der Umfang und die Aufgliederung der erteilten Lehrerstunden für präventive und kompensatorische sowie integrative Maßnahmen der Förderzentren ist in der Tabelle 4.2.7 dargestellt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Schulen vielfältige und auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und deren Lernsituationen abgestellte Antworten geben.

## 6. Begrenzung von Unterrichtsausfall

Ein auf unterschiedlichen Verantwortungsebenen abgestuftes Verfahren zur Begrenzung des Unterrichtsausfalls sichert im Regelfall eine zügige und zeitnahe Lösung auftretender Probleme.

Aufgabe von Schulleiterinnen und Schulleitern ist in diesem Zusammenhang vornehmlich die Sicherstellung des planmäßigen Unterrichts. Bei entstehendem Unterrichtsausfall sind sie im Rahmen ihrer Verantwortung die ersten Ansprechpartner der Eltern. Schulleitungen und Lehrkräfte haben ein hohes Maß an Professionalität entwickelt, mit dem Problem des oft unvorsehbaren Unterrichtsausfalls umzugehen, wobei sie zunächst gehalten sind, Lösungsmöglichkeiten aus dem vorhandenen Personalbestand zu entwickeln.

Zu solchen Lösungsmöglichkeiten gehören z.B.:

- Kurzfristige Klassenzusammenlegungen, Mehrarbeit von Lehrkräften, Alleinarbeit an längerfristigen Arbeitsaufträgen (bei älteren Schülerinnen und Schülern), wobei die im Bundesvergleich durchschnittlich relativ kleinen Klassen in den Schulen solche Maßnahmen begünstigen;

- Betreuung durch pädagogische Hilfskräfte, Nutzung von Möglichkeiten zur vorübergehenden Stundenerhöhung von Lehrkräften mit Teilzeitverträgen, Anträge auf Einstellung von Aushilfslehrkräften bei den Schülern bzw. der obersten Schulaufsicht, vorübergehende Kürzung des Unterrichtsangebots, die im Laufe des Jahres durch entsprechende Erhöhung ausgeglichen wird, weitere Maßnahmen, die schulintern mit dem Personalrat und der Elternschaft abgestimmt sind. Aufgabe der Schulaufsicht ist es u.a., in ihren Aufsichtsbezirken eine ausgewogene Unterrichtsversorgung zu sichern. Das geschieht u.a. auch durch entsprechende Maßnahmen bei an den Schulen auftretendem längerfristigen Unterrichtsausfall. In enger Abstimmung und Beratung mit den Schulleitungen können z.B. folgende Lösungen gefunden werden:

Einstellungen von Aushilfslehrkräften im Rahmen der zur Verfügung stehenden Geldmittel,

Aufstockung von Teilzeitverträgen mit Zustimmung der betroffenen Lehrkräfte und in Abstimmung mit der Personalverwaltung des Ministeriums,

in Einzelfällen vorübergehende Abordnungen von Lehrkräften von „besser versorgten“ Schulen.

Aufgabe des Ministeriums ist es u.a, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zur Begrenzung von Unterrichtsausfall auf die Schulämter und Schulen zu verteilen, den Ausgabenstand zu überwachen und Schulämter sowie Schulen bei der Verwendung der Mittel zu beraten. Dabei handelt die oberste Schulaufsicht für Gymnasien, Gesamtschulen und berufsbildende Schulen in ähnlicher Weise wie die Schulämter für die Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen. Die Verfahren sind konsequent vereinfacht worden, die Transparenz bei diesem Verfahren hat sich verbessert. So wurden beispielsweise die Elternvertretungen in einem Rundbrief über die Handlungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Unterrichtsausfall informiert.

Der Unterrichtsausfall konnte im Berichtszeitraum auch weiterhin relativ niedrig gehalten werden. Die abgestimmte effiziente Zusammenarbeit aller Beteiligten wurde unterstützt durch eine erhebliche Aufstockung der Stundengebermittel und die durch die Schulaufsicht im Rahmen der ihnen zugewiesenen Mittel dezentralisiert vorgenommene Vertragsgestaltung für Aushilfskräfte.

1999 standen insgesamt 5,129 Mio. DM an Stundengebermitteln zur Vergütung von Aushilfskräften zur Verfügung. Das bedeutete eine Steigerung gegenüber dem Landeshaushalt 1998 um 2,0 Mio. DM. Bis zum Jahresende 1999 wurden 283 Verträge mit Vertretungskräften geschlossen. Für das Haushaltsjahr 2000 sind Vertretungsmittel im Umfang von 4,129 Mio. veranschlagt. Die Mittel können künftig auch dazu verwendet werden, zum Ausgleich zeitweiliger Unterrichtsengpässe die befristete Aufstockung von Teilzeitarbeitsverhältnissen zu gewähren. Damit sind die Möglichkeiten, Unterrichtsausfall zeitnah zu begrenzen, ausgeweitet und organisatorisch verbessert worden. Unterrichtsausfall wird sich nicht vollkommen vermeiden lassen. Aber die Weichen für seine Verringerung sind gestellt. Dazu gehören die weitere Sicherung der Höhe der Stundengebermittel ebenso wie die für die kommenden Jahre zusätzlich zur Verfügung stehenden 1000 Stellen sowie die Aufstockung der Stellen für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter im Haushaltsjahr 2000. Das bedeutet auch, dass die Gesamtquote langfristiger Erkrankungen mit der Einstellung jüngerer Lehrkräfte voraussichtlich sinken wird. Durch die konsequente sofortige Wiederbesetzung frei werdender Stellen ist darüber hinaus gewährleistet, dass langfristig drohender Unterrichtsausfall zeitnah in voller Höhe ersetzt werden kann.

## **IV Ländervergleich - Relationen** (Tab. 5.1 und 5.2 im Tabellenanhang)

Grundlage eines Vergleichs Schleswig-Holsteins mit den übrigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland ist die die öffentlichen und privaten Schulen umfassende KMK- Dokumentation für das **Schuljahr 1998/99**.

Der Vergleich wird anhand der folgenden Indikatoren, wie sie bereits zur Darstellung der Unterrichtssituation in den öffentlichen Schulen verwendet worden sind, vorgenommen:

1. **Schülerinnen und Schüler je Klasse** und
2. **erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler.**

Im Unterschied zum Vorjahresbericht sind die von Sonderschullehrkräften im Rahmen der Förderzentrumsarbeit der Sonderschulen für präventive und kompensatorische Maßnahmen, für Integrationsmaßnahmen sowie für Krankenhausunterricht erteilten Unterrichtsstunden nicht mehr ausschließlich unter Grundschule, sondern unter den Schularten, in denen sie erteilt wurden, ausgewiesen.

### **1. Schülerinnen und Schüler je Klasse**

Die Klassenfrequenzen sind in allen Schularten deutlich günstiger als in den meisten anderen Bundesländern und auch günstiger als der Länderdurchschnitt. Schleswig-Holstein nimmt damit über alle Schularten betrachtet im Vergleich der Relationen „**Schülerinnen und Schüler je Klasse**“ eine Spitzenposition ein. In der Klassenstufe 5-10 des Gymnasiums liegt Schleswig-Holstein sogar an erster Stelle. Einer geringen Klassenfrequenz wird weiterhin eine hohe Priorität beigemessen. Sie gewährleistet eine hohe Betreuungsdichte und ermöglicht eine intensive pädagogische Begleitung der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrkräfte. So können Schwierigkeiten und beginnende Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Dieses ist unter gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten und auch aus Sicht von Eltern und Lehrkräften eine wichtige Voraussetzung für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen.

## Schüler/innen je Klasse (Klassenfrequenzen) im Schuljahr 1998/99

Position Schleswig- Holstein	Grund- schule	Haupt- schule	Schule für Lern- behinderte	Real- schule	Gymnasium		Integrative Gesamtschule		Berufsbildende Schulen	
					Kl.St. 5-10	Jg.St. 11-13	Kl.St. 5-10	Jg.St. 11-13	Vollzeit- form	Teilzeit- form
über dem Durchschnitt	21,7	20,1	11,1	22,7	23,9		23,6		20,1	18,8
<b>Länderdurch- schnitt</b>	<b>22,6</b>	<b>21,8</b>	<b>11,9</b>	<b>25,7</b>	<b>26,5</b>	<b>a)</b>	<b>26,1</b>	<b>a)</b>	<b>20,5</b>	<b>20,3</b>
unter dem Durchschnitt										

a) Angabe entfällt wegen des Kurssystems

Die sich für die **einzelnen Länder ergebenden Werte** sowie die **Rangpositionen Schleswig-Holsteins** sind im Anhang in der **Tabelle 5.1** dargestellt

## 2. Erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler

Im Vergleich der „erteilten Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ liegt Schleswig-Holstein bei der Realschule, dem Gymnasium, der Integrierten Gesamtschule und den berufsbildenden Schulen in Teilzeitform besser als der Länderdurchschnitt. In den übrigen Schularten liegen die Werte unter dem Länderdurchschnitt. Dieser Tatsache wurde bei der Zuweisung der zusätzlichen Lehrerstellen für das Schuljahr 2000/2001 besonders Rechnung getragen.

## Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler/in im Schuljahr 1998/1999

Position Schleswig- Holstein	Grund- schule	Haupt- schule	Schule für Lern- behinderte	Real- schule	Gymnasium		Integrierte Gesamtschule		Berufsbildende Schulen <sup>1)</sup>	
					Jg.St. 5-10	Jg.St. 11-13	Jg.St. 5-10	Jg.St. 11-13	Vollzeit- form	Teilzeit- form
über dem Durchschnitt				1,38	1,32	1,88	1,69	2,25		0,62
<b>Länderdurch- schnitt</b>	<b>1,16</b>	<b>1,62</b>	<b>2,65</b>	<b>1,32</b>	<b>1,25</b>	<b>1,75</b>	<b>1,59</b>	<b>1,82</b>	<b>1,77</b>	<b>0,60</b>
unter dem Durchschnitt	1,15	1,56	2,28						1,63	

<sup>1)</sup> ohne Schulen des Gesundheitswesens (in KMK-Abgrenzung)

Die sich für die **einzelnen Länder ergebenden Werte** sowie die **Rangpositionen Schleswig-Holsteins** sind im Anhang in der **Tabelle 5.2** dargestellt

## **V Qualitative Aspekte des Unterrichtsangebots und der Bildungsarbeit**

### **1. Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -verbesserung**

Die Qualität der Bildung ist abhängig von den Lernprozessen in Schule und Unterricht und von den Rahmenbedingungen, in denen diese Prozesse ablaufen. Maßnahmen zur Verbesserung von Bildungsqualität setzen daher auf diesen beiden Ebenen an. Längerfristige und tiefgreifende Maßnahmen (z.B. die Verbesserung der Qualität des Unterrichts, die Erweiterung der Professionalität der Lehrkräfte oder die Optimierung der Tätigkeit von Schulleitung und Schulaufsicht) müssen vor ihrer Implementation entwickelt und erprobt werden. Diesem Zweck dienen u.a. die Modellversuche im Rahmen der Programme der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung mit einer gemeinsamen Förderung durch den Bund und das jeweilige Land sowie zusätzlich eine Reihe von landeseigenen Versuchen.

#### **a. BLK-Programme**

Unter dem Eindruck der Ergebnisse der TIMS-Studie (Third International Mathematics and Science-Study) und der öffentlichen Diskussion haben KMK und BLK im Sinne von Förderung von Produktqualität und Prozessqualität schulischer Arbeit unterschiedliche bildungsplanerische Folgerungen aus den durch die TIMS-Studie diagnostizierten Defiziten gezogen. Seit April 1998 sind inzwischen durch die BLK folgende Programme aufgelegt worden, an denen sich Schleswig-Holstein beteiligt:

- **Steigerung der Effizienz im Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Unterricht (Federführung Schleswig-Holstein)**  
Das Programm dient der Entwicklung, Erprobung und Verbreitung von Maßnahmen und Konzepten für einen zeitgemäßen und leistungsfähigen mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht.
- **Lebenslanges Lernen**  
Das Programm unterstützt und verstärkt die Bemühungen auf allen Bildungsstufen, für das Weiterlernen in der Zukunft zu motivieren und das Lernen zu lernen durch die Entwicklung neuer Lehr- und Lernarrangements, mit denen das Lernen selbstbestimmter und selbstgesteuerter erfolgen kann.
- **Qualitätsverbesserung in den Schulen und Schulsystemen**

In diesem Programm geht es darum, das Arbeitsfeld „Unterricht und Erziehung“ in seiner Qualität weiter zu entwickeln, indem die instrumentellen Bereiche (Professionalisierung, Kontroll- und Unterstützungssysteme, planerische Organisation) jeweils integriert werden. Netzwerke, Schulverbände und Partnerschaften sollen die Gestaltungspotentiale der Einzelschulen aktivieren.

- **Bildung für eine nachhaltige Entwicklung**

Das Programm hat zum Ziel, durch die konsequente Einführung ökologischer Erziehungsinhalte die Balance zwischen ökologischer, ökonomischer, sozialer und globaler Entwicklung einzuhalten.

- **Systematische Einbeziehung von Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien in Lehr- und Lern-Prozesse**

Das Programm dient der Entwicklung, Konzeption, Implementation und Organisation von Medienprojekten in allen Schularten mit dem Ziel, neue Informations- und Kommunikationstechnologien als innovative Tools für den Unterricht, als Anlass für die Entwicklung und Anwendung neuer Lehr- und Lernformen und als Unterrichtsgegenstände zu nutzen und zu verwenden.

- **Offenes Partizipationsnetz und Schulgesundheit - Gesundheitsförderung durch vernetztes Lernen**

Das Programm dient der Steigerung der Effizienz von gesundheitsbezogenen Maßnahmen in der Schule und dem Aufbau von externen Unterstützungs- und Vernetzungsstrukturen für eine gesundheitsförderliche Schul-entwicklung.

- **Lernfeld und -raumgestaltung zur Förderung der Service- und Dienstleistungskompetenz in den IT-Berufen**

Das Programm unterstützt die curriculare Gestaltung von Lernfeldern durch lernfeldbasierte, didaktisch-methodische Lernkonzepte für die erste Phase der Berufsausbildung. Es fördert ganzheitliches, selbstständiges und selbstorganisiertes Lernen durch integrative Lernformen, Fördermaßnahmen zur Sprach- und Fremdsprachenkompetenz und schülerorientierte Differenzierungsmaßnahmen.

- **Qualitätsentwicklung an Berufsschulen (QUABS)**

Zum 01.10.1999 startete der Modellversuch „Qualitätsentwicklung an Berufsschulen“, der im Rahmen des BLK-Programms „Neue Lernkonzepte in der dua-

len Berufsausbildung“ gefördert wird. An diesem Modellversuch (Laufzeit: 01.10.1999 bis 30.09.2002) beteiligen sich die Bundesländer Bayern (Federführung), Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Der Modellversuch befasst sich dabei mit der konkreten Umsetzung zweier Qualitätskonzepte, die im Rahmen der Qualitätsentwicklung in Unternehmen große Erfolge gezeigt haben. Ein Konzept zur Qualitätsentwicklung ist die regelmäßige und systematische Überprüfung aller Tätigkeiten und Ergebnisse einer Organisation mittels einer Selbstbewertung. Dieses Verfahren der Selbstbewertung bietet jeder Organisation die Möglichkeit zu lernen, wo die Stärken und Verbesserungsbereiche liegen. Ein anderes Konzept zur Qualitätsentwicklung ist der Prozess der Zertifizierung einer Organisation. Dieses Konzept steht im Mittelpunkt des Modellversuchs an der Walther-Lehmkuhl-Schule der Stadt Neumünster, der vom IPTS durchgeführt wird.

**b. Beteiligung Schleswig-Holsteinischer Schulen an internationalen Tests zur Vergleichbarkeit von Schulleistungen**

Während die BLK mit ihren Modellversuchsprogrammen vorzugsweise einen Beitrag zur Förderung der Prozessqualität schulischer Arbeit leistet, hat sich die KMK im Herbst 1997 im Sinne einer Produktqualität schulischer Arbeit grundsätzlich über länderübergreifende Vergleichsuntersuchungen zum Lern- und Leistungsstand von Schülerinnen und Schülern verständigt und folgende Verfahren und Maßnahmen beschlossen:

- Im Hinblick auf die Qualitätssicherung in den Schulen werden die Länder Instrumente der Evaluation entwickeln, erproben und auf der Basis der gewonnenen Ergebnisse in einen breiten Erfahrungsaustausch eintreten.
- Die Durchführung regelmäßiger länderübergreifender Vergleichsuntersuchungen zum Lern- und Leistungsstand von Schülerinnen und Schülern ausgewählter Jahrgangsstufen an allgemeinbildenden Schulen ist eine wichtige Ergänzung der länderbezogenen Qualitätssicherungsmaßnahmen und ermöglicht für jedes Land Rückschlüsse auf die Wirksamkeit der jeweils gewählten Methoden und Maßnahmen zur Qualitätssicherung.
- Wie die anderen Länder nimmt auch Schleswig-Holstein an der internationalen **PISA-Studie** (Program for International Student Assessment) teil, die in drei

„Abschnitten“ in den Jahren 2000, 2003 und 2006 in 32 Ländern der OECD durchgeführt wird. Mit diesem von der OECD entwickelten Vergleichsverfahren soll ermittelt werden, in welchem Maße die Bildungssysteme der an der Studie teilnehmenden OECD-Länder auf die Anforderungen der Zukunft vorbereiten. Im Rahmen der **internationalen Erhebung** werden Wissen, Fähigkeit und Fertigkeiten von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in den Bereichen Leseverständnis, Mathematik und Naturwissenschaften auf einer verlässlichen, national repräsentativen Basis ermittelt. Neben curricular definierten Inhalten und Kompetenzen werden auch außercurriculare bzw. überfachliche Kompetenzen erfasst, wie z.B. selbstreguliertes und kooperatives Lernen, Problemlösungsfähigkeiten, soziale Kompetenz, Medienkompetenz, leistungsbezogene Selbsteinschätzungen.

Die darüber hinaus von der KMK vereinbarte **nationale Zusatzerhebung in Deutschland** dient der Identifizierung von Ansatzpunkten für konstruktive Interventionsmaßnahmen. Sie erhebt zu diesem Zweck zusätzlich in einem Schulkontextfragebogen Fördermaßnahmen für Risikogruppen und Stützsysteme zur Verbesserung des Leseverständnisses und der Lesekompetenz. Darüber hinaus werden grundlegende und lehrplanvalide mathematisch-naturwissenschaftliche Kompetenzen erhoben sowie der Leistungsstand im Bereich Fremdsprachen und in der aktiven Beherrschung der deutschen Sprache untersucht. Zur Zeit wird der erste „Erhebungsabschnitt“ mit dem Schwerpunkt Lesekompetenz vorbereitet. Gegenwärtig werden in Schleswig-Holstein ca. 3700 Schülerinnen und Schüler an 96 Schulen getestet.

Die nationalen und internationalen Vergleichsuntersuchungen werden für die Schulen als Standortbestimmungen im Rahmen ihrer Schulprogrammentwicklung hilfreich sein. Sie ergänzen somit sinnvoll diese wichtige Selbstevaluation der Schulen. Die Kultusministerkonferenz stellt sicher, dass „bezogen auf einen festgelegten Kern von Standards und innerhalb vereinbarter Bandbreiten“ die gegenseitige Anerkennung von Bildungsgängen und deren Durchlässigkeit unbürokratisch gewährleistet sowie die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Für die Vorbereitung dieser sehr weit reichenden Beschlüsse zeichnete Schleswig-Holstein federführend verantwortlich. Das Bemühen um Vielfalt im föderalen Bildungswesen, Qualitätswettbewerb und Abbau von bürokratischen Hemmnissen sowie eine outputorientierte Be-

wertung verschiedener Bildungsgänge charakterisieren diese Beschlüsse der KMK.

## **2. Schulprogramm**

Zentrales Instrument der Schulentwicklung und damit auch der Qualitätssicherung im Sinne einer weiteren kontinuierlichen Qualitätsverbesserung von Schule ist das Schulprogramm. Im Rahmen der Stärkung schulischer Eigenverantwortung erstellt jede Schule in Schleswig-Holstein ein solches Programm als Ausdruck des eigenen individuellen Schullebens und als gemeinsamen Nenner der pädagogischen Arbeit an der Schule. Konkretisiert wird die Vorgabe zur Erarbeitung des Schulprogramms durch einen Erlass, der bewusst auf Detailsteuerung verzichtet und die Gesetzesvorgabe nur in Bezug auf Terminierung der Schulprogrammerstellung bis zum 31. Juli 2002 und in Bezug auf die Grobstruktur der Inhalte weiter ausführt. Der Prozess eigenverantwortlicher Schulentwicklung mit Schulprogrammen ist für die Schulen neu, er verlangt letztlich eine Neuorientierung auf allen Ebenen der Schule und eine entsprechende Personalentwicklung. Zur Unterstützung des Schulentwicklungsprozesses an den Schulen stellt das IPTS landesweit ca. 50 Lehrkräfte zur Verfügung, die zu Organisationsentwicklungsberaterinnen und -beratern ausgebildet worden sind. Sie sind landesweit in verschiedene Prozesse der Schulentwicklung eingebunden und leisten wertvolle Entwicklungsarbeit. Darüber hinaus hat das IPTS seine Fort- und Weiterbildungsangebote zum Thema um mehr als ein Viertel ausgeweitet. Ein Schwerpunkt liegt in Veranstaltungen für Funktionsträger im Bereich der Schulaufsicht und der Schulleitung zu den Themen Schulentwicklung, Organisationsentwicklung, Erstellung von Schulprogrammen einschließlich Evaluation, ferner auch zur Personalbeurteilung und zum Haushaltsrecht. Die Universität Kiel hat in einem zweijährigen Aufbaustudiengang „Schulentwicklung und Supervision“ etwa 20 Studierenden das Zertifikat als pädagogische Organisationsentwicklungsberaterinnen und -berater ausgestellt, die von den Schulen gleichfalls zur externen Beratung und Hilfe eingeladen werden können. Zusätzlich wird ein Modellprojekt „Schulentwicklung im Netzwerk“ mit 46 Schulen aller Schularten durchgeführt, bei dem die Schulen zu den folgenden selbst gewählten Schwerpunkten Elemente der Umsetzung des Schulprogramms evaluieren:

- Sicherung von Unterrichtsqualität durch Verbesserung des Lernklimas
- Neue Unterrichtsstrukturen durch internationale Zusammenarbeit

- Evaluation von Schulprogrammarbeit zur Weiterentwicklung der Realschule
- Schulprogrammarbeit im Intranet/Internet
- Sicherung von Unterrichtsqualität durch Zusammenarbeit von Schulen in der Region
- Sicherung von Unterrichtsqualität in den Fächern Deutsch und Mathematik
- Evaluation durch „Kritische Freunde“
- Mitarbeit im internationalen Schulleistungsvergleich „Schools around the world“ (SAW)

Im Sinne einer qualitätsorientierten und professionellen Arbeit in Schulen bei Betonung einer stärkeren Eigenverantwortung ist eine systematische Personalentwicklung insbesondere zur Vorbereitung auf zukünftige Führungsaufgaben unerlässlich. Ein erster Workshop hat seit Anfang des Jahres mit der Erarbeitung eines Rahmens für ein Personalentwicklungskonzept im Schulbereich begonnen. Dieses Konzept soll zugleich dem Ziel der Landesregierung der Modernisierung der Verwaltung Rechnung tragen und das bestehende Konzept zur Personalentwicklung in der öffentlichen Landesverwaltung auf den Schulbereich anpassen. Die Ergebnisse des Workshops sind veröffentlicht worden. Zugleich ist die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes im Schulbereich unter Einbeziehung aller Beteiligten geplant. Stark nachgefragt sind die Veröffentlichungen des MBWFK zur Stärkung der Eigenverantwortung sowie insbesondere zur Schulprogrammarbeit: „Wege zum Schulprogramm“ und „Schulen entwickeln ihr Programm“. Die Informationsschrift „STEVkonkret“, herausgegeben vom MBWFK als Beilage zum Nachrichtenblatt, informiert über aktuelle Entwicklungen im Rahmen der Stärkung der Eigenverantwortung (STEV), mit einem Schwerpunkt auf dem Projekt „Schulentwicklung im Netzwerk“. Weitere Veröffentlichungen und Fortbildungsveranstaltungen zur Stärkung des Prozesses der Eigenverantwortung sind in Vorbereitung.

### **3. Dezentralisierung**

Zum 01.08.1999 ist die Dezentralisierung der Personalverwaltung bei den beruflichen Schulen flächendeckend eingeführt worden. Grundsätzlich wird dies Vorhaben sowohl von den Schulleiterinnen und Schulleitern als auch von den Personalräten positiv

beurteilt.

Im Rahmen der Dezentralisierung haben die Schulen die Möglichkeit, Stellen selbstständig zu besetzen, Stundengebermittel und Mehrarbeitsmittel selbstständig zu verteilen, Auswahlverfahren für Beförderungen vorzunehmen.

#### **4. Lehrplanrevision**

Die im Schuljahr 1997/98 in Kraft getretenen Lehrpläne für die Grundschule und die allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I haben sich nachhaltig auf die Gestaltung des Unterrichts ausgewirkt:

- Die Zusammenarbeit der Fächer hat zugenommen, z.B. in der Grundschule durch die fächerübergreifende Arbeit an den verbindlichen „Leitthemen“.
- Fachliches Wissen wird verstärkt in seiner Anwendung auf unterschiedliche Situationen und Probleme der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler vermittelt.
- Fachliche Leistungen werden zunehmend auch unter den Aspekten methodischen Könnens und des Erwerbs personaler und sozialer Fähigkeiten beurteilt.

Die Lehrplanrevision ist mit der Überarbeitung der Lehrpläne für die gymnasiale Oberstufe (Gymnasium, Gesamtschule, Fachgymnasium) und des Lehrplans für die sonderpädagogische Förderung (in Sonderschulen und in integrativen Maßnahmen) fortgesetzt worden. Im Schuljahr 1998/99 sind in Fachkommissionen Lehrplanentwürfe erstellt worden, die in diesem Schuljahr weiterentwickelt, fachlich ausdifferenziert und aufeinander abgestimmt werden. Ziel der Lehrplanrevision im sonderpädagogischen Bereich ist es im Besonderen, Prävention und Integration zu verbessern und die Schulen in den Stand zu setzen, ihre sonderpädagogischen Aufgaben unabhängig vom Ort der Förderung erfüllen zu können. Schwerpunkt der Revision der Lehrpläne für die gymnasiale Oberstufe ist es, die Qualität der Abschlussqualifikationen dadurch zu sichern, dass

- fachliches und fächerübergreifendes Lernen stärker miteinander verbunden wird,
- durch die Themen- und Problemorientierung des Unterrichts das fachliche Lernen in Sach- und Lebenszusammenhängen gefördert wird,
- die Berufsorientierung im Unterricht aller Fächer verstärkt wird.

Im Bereich der Berufsschule werden bis zum Ende des Schuljahres 1999/2000 die Lehrpläne für eine Vielzahl von neuen bzw. neu geordneten Berufen auf der KMK-

Ebene entwickelt und in Schleswig-Holstein umgesetzt, darunter die für Informations-elektroniker/innen, Fachangestellte für Arbeitsförderung, Gebäudereiniger/in-nen, Hauswirtschafter/innen, Orthopädienschuhmacher/innen, Schilder- und Lichtreklamehersteller/innen, Verwaltungsangestellte, für alle achtzehn Bauberufe sowie für den Beruf des Bootsbauers/der Bootsbauerin. Durch die Orientierung dieser Lehrpläne an Lernfeldern und dem Erwerb von Kompetenzen wird der Unterricht auf eine neue Grundlage gestellt.

Eine vom MBWFK eingesetzte Lenkungsgruppe hat im Schuljahr 1998/99 Lehrplan-grundsätze für den Bildungsgang der Berufsoberschule erarbeitet, der im Schuljahr 2000/2001 erstmalig in Schleswig-Holstein an fünf Standorten angeboten wird. Im Schuljahr 1999/2000 ist die Arbeit an den Lehrplänen für die einzelnen Fächer der Berufsoberschule und auch der Fachoberschule aufgenommen worden. Ausgehend vom Prinzip der Beruflichkeit werden die Lehrpläne für beide Schularten neue Akzente in der Unterrichtsgestaltung setzen.

## **5. Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken in den Schulen**

Den bisherigen Anstrengungen des Landes und der Schulträger, den gemeinsamen Aktivitäten mehrerer Public-Private-Partnerships wie z.B. der Landesinitiative „Schulen ans Netz“ und dem Engagement zahlreicher privater Förderer ist es zu ver-danken, dass die überwiegende Zahl der schleswig-holsteinischen Schulen - aller-dings in unterschiedlicher Quantität - über leistungsfähige Computer verfügt. Insbe-sondere durch das Projekt „Schulen ans Netz - ABI“ im Rahmen des Programms „Arbeit, Bildung, Innovation“ der Landesregierung (Laufzeit 1999 bis 2001; Gesamt-volumen 6,3 Mio. DM Landesmittel, ergänzt durch weitere finanzielle Beiträge der Schulträger) ist es bis heute gelungen, die Ausstattung der Schulen mit multimediafä-higen Rechnern erheblich voranzutreiben, etwa die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Schulen mit einem Internetzugang auszustatten und Schulnetze aufzu-bauen. Im Rahmen der Landesinitiative Multimedia Schleswig- Holstein, einer Ge-meinschaftsaktion der Landesregierung und der Deutschen Telekom, werden Schu-len mit besonders leistungsfähigen und wirtschaftlichen Netzzugängen ausgestattet; weitere Schulen haben im Schuljahr 1999/2000 Netzkostenzuschüsse erhalten. Die neuerlichen Angebote großer Provider, den Schulen kostenlose Internetzugänge und -nutzung zur Verfügung zu stellen, wird die Zahl der Schulen mit Internetzugang

zweifelloos erhöhen. Um die Schulen und Schulträger des Landes über die Angebote der Provider zu informieren, findet im Juni 2000 eine Fachmesse statt. Ebenso werden viele Schulen vom Angebot des Bundes Gebrauch machen, ihre IuK-Ausstattung über den „Marktplatz für Schulen“ im Rahmen der Aktion „Deutschland 21“ (<http://www.gmd.de>) zu verbessern.

Der zu Beginn des Jahres 1999 eingerichtete Landesbildungsserver, die Internet-Plattform für Bildung in Schleswig-Holstein (<http://www.lernnetz-sh.de>), wurde im Laufe dieses Schuljahres erheblich ausgebaut.

Das Bildungsministerium hat selbstverständlich parallel zu den genannten Aktivitäten flankierende Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, die dazu dienen, die pädagogische Arbeit mit den Informations- und Kommunikationstechnologien in den Schulen zu ermöglichen und zu stärken:

- Das IPTS hat die Lehrerfortbildung im Bereich der neuen Medien zu einem wichtigen Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht und bis heute etwa 8.000 Lehrkräfte in zentralen, regionalen und SCHILF-Veranstaltungen fortgebildet; es forciert die Lehrerfortbildung jetzt auch im Rahmen von Angeboten im Landesbildungsserver.
- Die neuen Medien haben im Zusammenhang mit der neuen Landesverordnung über die Ersten Staatsprüfungen der Lehrkräfte vom 05. Oktober 1999 (Prüfungsordnung Lehrkräfte I - POL I) und den Rahmenausbildungsplänen des IPTS Eingang in die 1. und 2. Phase der Lehrerausbildung gefunden. Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel bietet seit Beginn des Wintersemesters 1999/2000 einen Ergänzungsstudiengang „Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterricht“ für Lehramtsstudierende an, in dem sowohl technische als auch fachlich-didaktische Kompetenzen vermittelt werden.
- Auch in den Schulen wächst die Bereitschaft der Lehrkräfte, die neuen Medien in den Unterricht und das Schulleben zu integrieren und dabei Schülerinnen und Schüler als kompetente Partnerinnen und Partner in die Arbeit einzubeziehen. Zahlreiche Beispiele für das Engagement der Schulen sind in den Landesbildungsserver eingestellt (good practice).

Darüber hinaus hat das MBWFK Möglichkeiten schulischer Netzwerk-/Systemadministration entwickelt:

- Seit zwei Jahren kooperieren das Bildungsministerium und die Firma Siemens in

einer Aktion zum beiderseitigen Vorteil: Jährlich absolvieren etwa 25 angehende Netzwerk-/Systemadministratoren, die an einer Weiterqualifizierungsmaßnahme teilnehmen, ein durch Siemens, IPTS und Schulen vorbereitetes mehrwöchiges Praktikum in Schulen. In diesem Praktikum erhalten die Schulen konkrete Hilfen beim Aufbau schulischer Intranetze und bei der Lösung auch schwieriger Netzwerkprobleme (kein finanzieller Aufwand des Landes).

- Im März 2000 hat das IPTS eine „Task Force“ zur Beratung der schleswig-holsteinischen Schulen in Netzwerkfragen eingerichtet. Dieses Beratungsnetz soll vor Ort, also in der Schule selbst, sofortige und umfassende Hilfe bei Netzwerkproblemen ermöglichen.
- Darüber hinaus werden im Rahmen eines Modellversuchs zum 01. Mai und 01. September 2000 an zwei beruflichen Schulen und einer Gesamtschule vier Schulassistentinnen bzw. -assistenten für die Aufgabenfelder EDV und Verwaltung eingestellt. Mit diesem zunächst auf drei Jahre begrenzten Modellversuch sollen u.a. Möglichkeiten geprüft werden, ob und in welchem Umfang die bisher zur Verfügung gestellten Ausgleichsstunden für Lehrkräfte durch kostengünstigeres und für bestimmte Aufgaben qualifizierteres Personal ersetzt werden können.
- Gleichzeitig werden in Kooperation zwischen Bildungsministerium, kommunalen Landesverbänden und Schulträgern tragfähige Maßnahmen zur mittel- und langfristigen Netzwerk-/Systemadministration in Schulen entwickelt.

## **6. IT-Ausbildungsinitiative Schleswig-Holstein**

Das Wachstums- und Beschäftigungspotential der neuen Branchen in den Bereichen IT und Multimedia muss angesichts von Arbeitslosigkeit und insgesamt geringem Wirtschaftswachstum besser ausgeschöpft werden. Die IT-Ausbildungsinitiative setzt einen Schwerpunkt bei der Fachkräfte- und Nachwuchsförderung in der Informations- und Medientechnologie sowie ihren Anwendungsbereichen. Im Schuljahr 1999/2000 konnte eine Steigerung um 51% bei den IT- und Medienberufen im IHK-Bereich und die Neueintragung von 49 Ausbildungsverträgen für den 1999 neu geschaffenen Ausbildungsberuf „Informationselektroniker“ im Handwerk verzeichnet werden. Um die Ausstattung mit neuen Informations-, Kommunikations- und anderen -technologien zu erleichtern, sollen Investitionen der dafür zuständigen Schulträger in diesem Bereich finanziell unterstützt werden.

Das Wirtschaftsministerium hat in Kooperation mit dem Bildungsministerium 1999 ein neues Modernisierungsprogramm für die Ausstattung der beruflichen Schulen, soweit sie nicht am Modernisierungsprogramm aus 1997 teilgenommen haben, auf den Weg gebracht. Bestandteil dieses Programms ist, die Investitionsförderung mit einem zielgerichteten Fortbildungsangebot durch IPTS für die Lehrer an berufsbildenden Schulen zu begleiten, um die neu angeschaffte Technik möglichst effektiv zum Einsatz zu bringen.

## **7. Interkulturelles Lernen (Tab. 7 im Tabellenanhang)**

Die gegenwärtige Schulsituation in Schleswig-Holstein wird zunehmend durch eine ethnische, sprachliche, kulturelle und religiöse Heterogenität geprägt. So werden in den allgemein- und berufsbildenden Schulen des Landes ca. 30.000 Schülerinnen und Schüler mit einer nichtdeutschen Muttersprache unterrichtet. Diese Gruppe setzt sich zusammen aus Schülerinnen und Schülern mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie Flüchtlingen und Asylsuchenden. Die meisten dieser Schülerinnen und Schüler weisen gegenüber der Gruppe der deutschen Schülerinnen und Schüler einen spezifischen zusätzlichen Förderbedarf auf, vor allem hinsichtlich des Erwerbs ausreichender Kompetenzen in der deutschen Sprache. In der Regel werden diese Schülerinnen und Schüler mit dem Zeitpunkt ihrer Einschulung in deutsche Schulen zu Anfängern in der Sprache Deutsch.

Dies gilt im Prinzip für:

- 17.210 ausländische Schülerinnen und Schüler in den öffentlichen allgemeinbildenden Schularten,
- 9.249 spätausgesiedelte Schülerinnen und Schüler in den öffentlichen allgemeinbildenden Schularten<sup>1</sup>,
- 3.317 ausländische Schülerinnen und Schüler in den berufsbildenden Schularten,
- eine statistisch nicht erfasste Zahl spätausgesiedelter Schülerinnen und Schüler in den berufsbildenden Schulen<sup>2</sup>.

Im Laufe der Jahre hat die Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um

---

<sup>1</sup> Das Aussiedlermerkmal ist im Schulkindergarten nicht Gegenstand der Schulstatistik.

<sup>2</sup> Das Aussiedlermerkmal ist bei den berufsbildenden Schulen nicht Gegenstand der Schulstatistik.

der multikulturellen Realität im Bildungswesen durch die Entwicklung interkultureller Bildungsqualität konstruktiv Rechnung zu tragen. Ziel ist es, dass eine weit gehend chancengleiche Teilhabe von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Muttersprache am Bildungssystem ermöglicht wird. Inhaltlich und strukturell liegt das Augenmerk der Bildungspolitik auf der Umsetzung der verschiedenen Aspekte interkultureller Bildung und Erziehung, wie sie in der Empfehlung der KMK von 1996 „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ dargelegt sind. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung folgende Initiativen unternommen:

- Für Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Muttersprache werden spezielle und zusätzliche Unterrichtsangebote vorgehalten, um ihre sprachliche und soziale Integration im schulischen Bereich zu fördern. Das MBWFK stellt im Bereich Grund- und Hauptschule 195 Planstellen und im Bereich Realschule 23 Planstellen zweckgebunden zur Förderung dieser Gruppe zur Verfügung. Diese Personalanteile werden schülerzahlbezogen zugeteilt und überwiegend zur Entwicklung der Sprachkompetenz Deutsch verwendet.
- Das IPTS deckt schulart- und fachübergreifend den gesamten Fortbildungs- und Fachberatungsbedarf durch die Bereitstellung von 7 teilfreigestellten Lehrkräften ab.
- Das MBWFK ist am Migrationspolitischen Runden Tisch des Innenministeriums beteiligt. Die beiden Häuser arbeiten z.Zt. gemeinsam an der konzeptionellen Weiterentwicklung des gesamten Sprachförderungssystems für Migrantinnen und Migranten. Dieses Konzept wird die schulische und die außerschulische Sprachförderung optimieren und zu einer effizienteren Mittelausnutzung (z.B. Garantiefonds) führen.
- Seit 1999 arbeitet das Landesprojekt „Entwicklung eines interkulturellen Schulprofils“. Vorerst an zwei Standorten (Kiel/GHS und Lübeck/RS) wird beispielhaft die interkulturelle Akzentuierung von Schulprogrammen entwickelt und erprobt. Beiden Schulstandorten steht für die Laufzeit des Projektes je eine zweisprachige Lehrkraft türkischer Herkunft zusätzlich zur Verfügung. Die gewonnenen Erfahrungen werden dokumentiert, ausgewertet und in geeigneter Form verbreitet werden, um aus dem Projekt bildungspolitische Ansätze zur konzeptionellen Weiterentwicklung

zu bekommen.

- Die Landesregierung ist an dem EU-Projekt „Das bin ich-Det er mig-Dat sin ech-Dit ben ik“ (Sokrates) beteiligt. Im Rahmen dieses Projektes wurde und wird im Zeitraum von 1997 bis 2000 ein modernes Unterrichtswerk zur interkulturellen Bildung und Erziehung für die Klassenstufen 1 und 2 der Grundschule entwickelt, produziert und eingeführt. „Das bin ich“ ist ein Gemeinschaftsprojekt der Länder Deutschland, Niederlande, Luxemburg und Dänemark. Das MBWFK stellt den verantwortlichen Projektleiter, das IPTS koordiniert die Entwicklung der audiovisuellen Medien. Kooperationspartner sind u.a. die Anne Frank Stiftung Amsterdam und das Ministère de la Famille Luxembourg.
- Die reformierte Landesverordnung über die Ersten Staatsprüfungen der Lehrkräfte stellt sicher, dass die Studierenden aller Lehramtslaufbahnen bei der Meldung zur Prüfung die Teilnahme an einer Lehrveranstaltung zum interkulturellen Lernen nachweisen müssen. Mit der neugeschaffenen Möglichkeit, das *Aufgabenfeld von allgemeiner Bedeutung Interkultureller Pädagogik* als Erweiterungsfach mit 60 SWS zu studieren, wird langfristig die interkulturelle Kompetenz der Lehrkräfte weiter ausgebaut.
- Die zahlenmäßig nicht prognostizierbare Gruppe derjenigen schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen mit nicht oder noch nicht gesichertem Bleiberecht erfordert eine flexible Personalbewirtschaftung. Dies betrifft Asylsuchende, Flüchtlinge, unbegleitete jugendliche Flüchtlinge, Bürgerkriegsflüchtlinge, Kontingentflüchtlinge sowie jüdische Emigranten und Emigrantinnen. Im Berichtszeitraum werden für die rd. 65 schulpflichtigen Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Kosovo zusätzliche befristete Personalkontingente im Umfang von 1,25 Lehrerstellen bereit gestellt. Sie werden dazu verwendet, um in den zugeordneten Gemeinschaftsunterkünften für die genannte Gruppe eine unterrichtliche Grundversorgung zu gewährleisten.

## **8. Förderung benachteiligter Jugendlicher beim Übergang in die berufliche Bildung**

Zur Gruppe der benachteiligten Jugendlichen<sup>1</sup> zählen diejenigen, die aufgrund ihrer

---

<sup>1</sup> Nach der Definition der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zählen hierzu folgende Jugendliche: Lernbeeinträchtigte, sozial benachteiligte deutsche Auszubildende, unabhängig von dem erreichten allgemeinbildenden Schulabschluss, insbesondere verhaltensgestörte Jugendliche, Legastheniker, Jugendliche, die Hilfen zur Erziehung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz erhalten haben bzw. erhalten, Jugendliche, die ehemals drogenabhängig waren, strafentlassene Jugendliche und

persönlichen Situation besonderer Unterstützung beim Übergang in die berufliche Bildung bedürfen. Behinderte Jugendliche gehören grundsätzlich zum Personenkreis der „Benachteiligten“. Mit folgenden Bildungsgängen, Maßnahmen und Projekten werden die benachteiligten Jugendlichen unterstützt:

- **Fördernetzwerke für die Integration benachteiligter Jugendlicher in die berufliche Bildung**

Im Rahmen der vom Bund finanzierten BMBF-Initiative „Schule - Wirtschaft/ Arbeitsleben“, die sich die bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen auf den Übergang in die Arbeits- und Berufswelt zum Ziel gesetzt hat, beteiligt sich Schleswig-Holstein mit dem Projekt „Flexibilisierung der Übergangsphase und Berufswahlpass“.

Ab Klassenstufe 7 werden Unterrichts- und Lernformen an allgemeinbildenden Schulen durch zusätzliche Lernangebote erweitert, mit dem beruflichen System und mit außerschulischen Lernorten verzahnt und im Hinblick auf einen erfolgreichen Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt weiterentwickelt. Sowohl leistungsschwächere als auch leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler sollen dadurch Wissen erwerben, Erfahrungen und Verhaltensweisen ausbilden, die einen erfolgreichen und dabei zunehmend eigenverantwortlich gestalteten Übergang auch bei unvorhersehbaren Schwierigkeiten ermöglichen.

Die teilnehmenden Schulen (5 Hauptschulen, 3 Förderzentren, 1 IGS) entwickeln an Berufsorientierung ausgerichtete Unterrichtskonzepte mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, orientiert am Bedarf der Lernenden. Hauptzielrichtung ist, möglichen Abgangsschülerinnen und -schülern der Haupt- und Förderschulen den Erwerb des Hauptschulabschlusses zu ermöglichen. Die Kooperation von Haupt- und Förderschule soll sich dabei in der Einrichtung einer organisatorisch, curricular und zeitlich flexiblen Übergangsphase zur Erlangung des Hauptschulabschlusses manifestieren. An allen beteiligten Schulen soll auch ein Berufswahlpass als ein Instrument individueller Lernplanung entwickelt und erprobt werden. Der Berufswahlpass soll Projekte und Maßnahmen dokumentieren, an denen der Schüler

---

Strafgefangene, jugendliche Spätaussiedler, ausländische Jugendliche, die aufgrund von Sprachdefiziten oder noch bestehender sozialer Eingewöhnungsschwierigkeiten in einem fremden soziokulturellen Umfeld der besonderen Unterstützung bedürfen.

oder die Schülerin zur Vorbereitung auf den Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt teilgenommen bzw. mitgewirkt hat. Der Berufswahlpass trägt auch dazu bei, die Bedeutung der Berufsorientierung zu stärken.

- **Ausbildungsvorbereitendes Jahr (AVJ)** an den Berufsschulen:

*(Tab. 1.2 im Tabellenanhang)*

Das einjährige Ausbildungsvorbereitende Jahr (AVJ) fördert die Berufswahlsicherheit und vertieft die Allgemeinbildung. Derzeit nehmen 880 Schülerinnen und Schüler an 22 Standorten dieses Bildungsangebot wahr. Das AVJ kann im Hinblick auf die Bildungsvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler niveaudifferenziert und in verschiedenen Fachrichtungen angeboten werden. Es besteht die Möglichkeit, einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Schulabschluss zu erwerben.

An einigen Schulstandorten finden derzeit die ersten Integrationsmaßnahmen in beruflicher Bildung für Jugendliche mit einer geistigen Behinderung statt.

- **Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvM)** *(Tab. 1.2 im Tabellenanhang)*:

Noch nicht ausbildungs- und berufsfähige Jugendliche werden nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht in berufsvorbereitenden, meist einjährigen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit auf die Aufnahme einer Berufsausbildung oder Arbeitnehmertätigkeit vorbereitet. Der Erwerb des Hauptschulabschlusses ist Bestandteil der Förderung. Die Maßnahmen der Berufsvorbereitung werden durch Berufsschulunterricht begleitet mit der Möglichkeit, den gleichwertigen Hauptschulabschluss im Rahmen dieser Bildungsmaßnahme zu erreichen. Dazu erfolgt innerhalb der maximal 12 Stunden in der Berufsschule eine Differenzierung in den Fächern Deutsch und Mathematik. Derzeit nehmen 2.539 Schülerinnen und Schüler an 25 Standorten dieses Bildungsangebot wahr.

- **Fördernetzwerke für die Integration benachteiligter und behinderter Jugendlicher in die berufliche Bildung (FÖN)**:

Förderzentren, Hauptschulen und berufliche Schulen arbeiten eng zusammen mit dem Arbeitsamt, mit Arbeitgebern, Kammern, Maßnahmeträgern und weiteren Kostenträgern in der Region, um den Übergang von der allgemeinbildenden Schulzeit in die berufliche Bildung für benachteiligte Jugendliche zu verbessern,

Berufswahlvorbereitung zu intensivieren und den Abbruch von ausbildungs- bzw. berufsvorbereitenden Maßnahmen zu vermeiden. Dazu werden im Schuljahr 1999/00 rd. 130 Einzelmaßnahmen durch das Landesprojekt FÖN mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert.

Der Bewilligungszeitraum für das Landesprojekt endete im Dezember 1999. Das neue FÖN-Projekt - erneut gelang es, hierfür ESF-Mittel einzuwerben - wird in den Jahren 2000 - 2006 einen Schwerpunkt auf die Implementation von Beratungsstellen zur Förderung benachteiligter Jugendlicher in ausgewählten beruflichen Schulen legen.

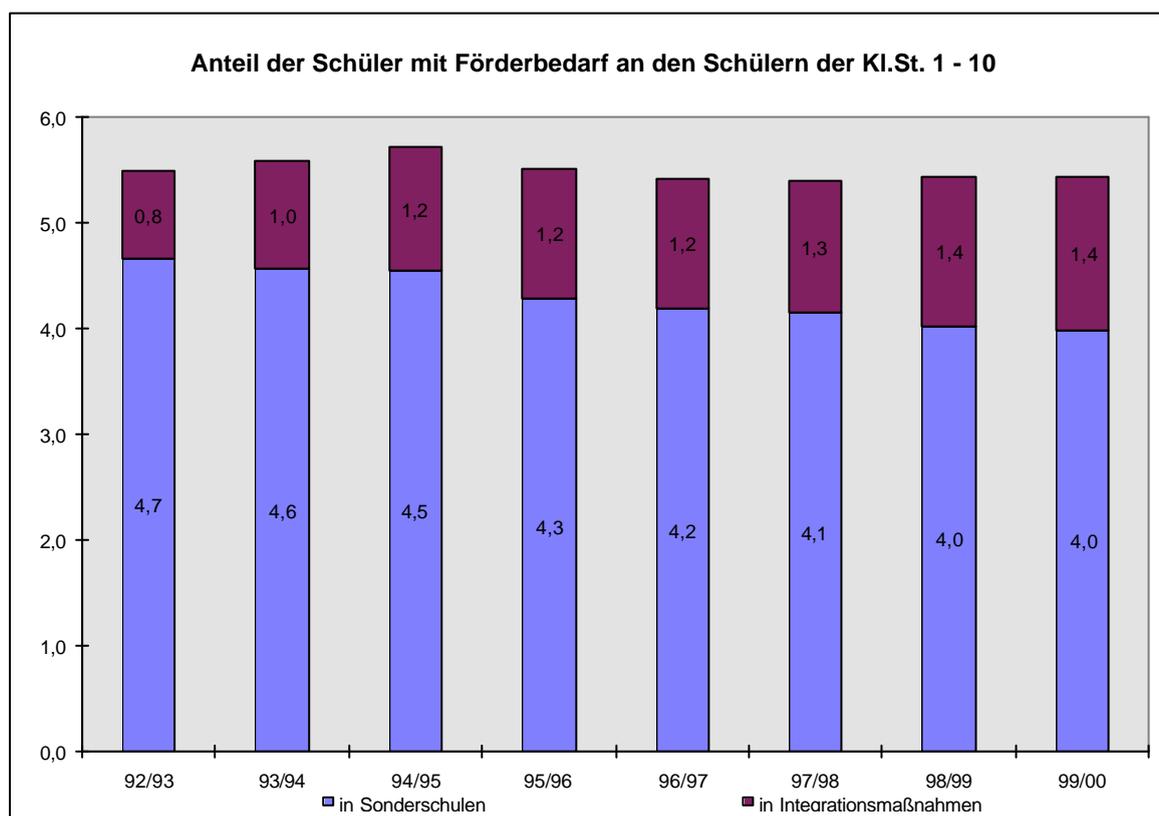
## **9. Integration von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern**

Prävention, Integration und Unterricht in der Sonderschule sind die drei Aufgabenfelder der sonderpädagogischen Förderung. Dabei kommt der integrativen Förderung im gemeinsamen Unterricht eine besondere Bedeutung zu (siehe § 5 Abs. 2 SchulG). Im Schuljahr 1999/2000 werden 26,6% (1/4) der Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf in Grundschulen und weiterführenden allgemeinbildenden Schulen unterrichtet, 74,4% (3/4) in Sonderschulen. Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt nachstehende Übersicht:

## Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

	92/93	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99	99/00
<b>Schüler mit Förderbedarf</b>	13.443	13.976	14.791	14.675	14.864	15.256	15.638	15.891
<b>davon in Sonderschulen</b>	11.401	11.443	11.743	11.395	11.522	11.696	11.578	11.660
<b>in Integrationsmaßnahmen</b>	2.042	2.533	3.048	3.280	3.342	3.560	4.060	4.231
<b>Schüler der KI.St. 1 - 10</b>	244.592	250.327	258.229	266.188	274.226	282.029	287.741	292.314
<b>davon Anteil der Schüler mit Förderbedarf in %</b>	5,5	5,6	5,7	5,5	5,4	5,4	5,4	5,4
<b>in Sonderschulen</b>	4,7	4,6	4,5	4,3	4,2	4,1	4,0	4,0
<b>in Integrationsmaßnahmen</b>	0,8	1,0	1,2	1,2	1,2	1,3	1,4	1,4
<b>Schüler in I-Maßnahmen in % der Schüler mit Förderbedarf</b>	15,2	18,1	20,6	22,4	22,5	23,3	26,0	26,6

Abb.4



## **10. Prävention von Sprachstörungen**

Das Netzwerk sprachheilpädagogischer Förderung im Elementarbereich konnte wiederum ausgeweitet werden. Die Möglichkeit der einjährigen Fortbildung für sprachentwicklungsfördernde Maßnahmen im Kindergartenalter bzw. für die Unterstützung sprachheilpädagogischer Maßnahmen der Sonderschullehrkräfte wurde inzwischen landesweit von ca. 1000 Erzieherinnen und Erziehern wahrgenommen und hat damit - rein rechnerisch gesehen - bereits jeden zweiten Kindergarten in Schleswig-Holstein erreicht.

## **11. Förderung der Deutschen Gebärdensprache**

Ausgehend von der Erkenntnis, dass das Bildungsangebot für gehörlose Schülerinnen und Schüler auch den Erwerb der „Deutschen Gebärdensprache (DGS)“ einschließen sollte, wurde ein entsprechender Landtagsbeschluss in der 13. Wahlperiode verabschiedet. Die zuständige Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte in Schleswig hat daher neben ihren bisherigen Schwerpunkten, die in der Förderung der Lautsprachentwicklung gehörloser Schülerinnen und Schüler und der Anwendung der sog. „lautsprachbegleitenden Gebärden“ bestanden, stufenweise um das Angebot der DGS erweitert. Da die Vermittlung der DGS erst seit einigen Jahren Ausbildungsinhalt der Universitäten ist, konnte sie bislang noch nicht von allen Lehrkräften der Internatsschule für Hörgeschädigte angewandt bzw. im Unterricht eingesetzt werden.

Um möglichst vielen gehörlosen Schülerinnen und Schülern die Erweiterung ihrer Kommunikationsfähigkeit durch die DGS zu ermöglichen, läuft seit Schuljahresbeginn 1999/2000 ein auf 2 Jahre ausgelegter DGS-Kurs für Lehrkräfte, die sich damit für den Einsatz der Gebärdensprache im Unterricht qualifizieren. Dadurch kann DGS-Unterricht nicht - wie bisher - nur in der Sekundarstufe I der Gehörlosenabteilung erfolgen, sondern künftig auch in anderen Klassenstufen.

## **12. Fremdsprachen in der Grundschule**

Mit dem Inkrafttreten des neuen Lehrplans der Grundschule zum Schuljahr 1997/98 können Grundschulen ab Klassenstufe 3 die Begegnung mit einer Fremdsprache durchführen. Im laufenden Schuljahr 1999/2000 machen insgesamt 195 Grundschulen (1/3 aller Grundschulen) davon Gebrauch. Über die Einführung an der Schule ent-

scheidet die Schulkonferenz im Rahmen der vorhandenen Ressourcen. Dabei haben die Sprachen Englisch und Dänisch Vorrang. Das IPTS unterstützt den Prozess durch geeignete Materialien sowie regionale und zentrale Fortbildungen. Die Fremdsprachenbegegnung will Verständnis für andere Sprachen und Kulturen wecken und die Akzeptanz für Menschen aus anderen Kulturkreisen fördern. Die Begegnung mit einer Fremdsprache findet in überwiegend spielerischen Lern- und Arbeitsformen statt, in denen besonders das Hören und Sprechen gefördert werden. Eine Sequenz von 10 - 15 Minuten täglich - eingebunden in den Unterricht des Klassenverbandes - ist die angestrebte Arbeitsform.

### **13. Bilingualer Unterricht an Gymnasien und Realschulen**

Der bilinguale Fachunterricht wurde mit dem Schuljahr 1991/1992 in Schleswig-Holstein eingeführt. Zur Zeit nehmen 17 Gymnasien und 5 Realschulen an dem zweisprachigen Unterricht teil. Bereits seit 1990 besteht ein Arbeitskreis mit den Untergruppen Erdkunde und Geschichte am IPTS, der bundesweit beachtetes Unterrichtsmaterial für die Klassenstufe 5 - 10 erstellt hat. Der Arbeitskreis für die Gymnasien beendet seine Arbeit mit Ablauf des Schuljahres 1999/2000, der Arbeitskreis für die Realschulen erst ein Jahr später. Die vom IPTS erstellte Informationsschrift „Bilingualer Unterricht in Schleswig-Holstein“ erscheint bereits in der zweiten Auflage und informiert über alle wichtigen Vorgaben für die Ein- und Durchführung des zweisprachigen Unterrichts.

Zwei Schulen haben für die Abiturprüfung im Sommer 2000 die Genehmigung erhalten, im Fach Erdkunde das Abitur im Grundkurs auf Englisch abzunehmen. An einem Gymnasium wird der Fachunterricht in Biologie ab Klasse 9 bereits im zweiten Jahr bilingual erteilt. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur unterstützt den bilingualen Unterricht fachlich und personell. Insgesamt ist die Akzeptanz des zweisprachigen Unterrichts ausgesprochen hoch.

## **Bilingualer Fachunterricht Erdkunde und Geschichte auf Englisch;**

Angebotsliste der Schulen

### **Gymnasien:**

#### ***Übersicht 11.1***

1. Ricarda-Huch-Schule, Kiel
2. Thomas-Mann-Schule, Lübeck
3. Klaus-Groth-Schule, Neumünster
4. Werner-Heisenberg-Gymnasium, Heide
5. Friedrich-Paulsen-Schule, Niebüll
6. Landerziehungsheim Louisenlund, Gübby
7. Nordseegymnasium, St. Peter-Ording
8. Helene-Lange-Gymnasium, Rendsburg
9. Kreisgymnasium Satrup
10. Auguste-Viktoria-Schule, Flensburg
11. Auguste-Viktoria-Schule, Itzehoe
12. Gymnasium Schwarzenbek
13. Städt. Gymnasium, Bad Segeberg (ab 99/00)
14. Detlefsenschule, Glückstadt (ab 99/00)
15. Kreisgymnasium, Bargtheide (ab 99/00)
16. Gymnasium Marne (ab 99/00)
17. Goetheschule, Flensburg (ab 00/01)

### **Realschulen:**

#### ***Übersicht 11.2***

1. Realschule Geesthacht
2. Realschule im Schulzentrum, Bad Segeberg
3. Christian-Timm-Schule, Rendsburg
4. Gudewerdt-Schule, Eckernförder
5. Ferdinand-Tönnies-Schule, Husum (ab 1997)

## **14. Europaklasse Niebüll/Tondern**

Im Rahmen des europäischen „Interreg-Programms II b“ haben die Friedrich-Paulsen-Schule, Gymnasium in Niebüll und das Gymnasium in Tondern (Dänemark) 1997 eine wegweisende grenzüberschreitende Zusammenarbeit begonnen. Das Gesamtprojekt setzt sich aus 13 Einzelprojekten unterschiedlicher Sach- und Fachebenen zusammen, deren wesentliches Ziel es ist, die Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler in der Partnersprache bis zum Zeitpunkt des Abiturs anzuheben und durch bessere Information und gemeinsames Handeln dem Abbau von Fremdheit zu dienen und die Toleranz gegenüber anderen Verhaltens- und kulturellen Formen zu stärken. In die Zusammenarbeit sind der deutsch-dänische Sprachunterricht, die Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Bereiches wie auch die musischen Fächer einbezogen. Die gemeinsamen Einzelprojekte haben zu einer lebhaften grenzüberschreitenden Begegnung der Schülerinnen und Schüler und

der Lehrkräfte geführt. Mit großem Einsatz sind die strukturellen Schwierigkeiten überwunden worden. Das initiierende Förderprogramm der Europäischen Union läuft im Jahr 2000 aus.

Die beiden Gymnasien wünschen sich eine Fortführung der erfolgreichen Zusammenarbeit. Zur Zeit wird durch die Landesregierung geprüft, wie eine gemeinsame Europaklasse aus deutschen und dänischen Schülerinnen und Schülern gebildet werden kann, in der etwa 50% des Unterrichts gemeinsam erteilt werden. Mit dieser Klasse würde eine Abschlussprüfung nach den Modalitäten der Europäischen Schulen angestrebt, die die Europäische Union in einigen ihrer Mitgliedsländer unterhält. Diese würde für den Hochschulzugang in allen Mitgliedsländern qualifizieren. Das neue Projekt „Europaklasse“ würde dann beispielhaft für die zahlreichen Grenzregionen Europas sein.

#### **15. Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten**

Im laufenden Schuljahr fördert die Landesregierung - wie schon im letzten Jahr - rd. 860 zusätzliche Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Zur Finanzierung dieses Programms werden die Einsparungen des Landes aus der sog: „58er-Regelung“ verwendet.

- Zum einen werden gezielt Mittel für Lehramtsbewerberinnen und -bewerber eingesetzt, die nach dem I. Staatsexamen keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Die jungen Lehrkräfte sollen unabhängig von der angestrebten Lehrerlaufbahn insbesondere an Hauptschulen unterrichten und damit zugleich, indem sie dort zu einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung beitragen, der Schule die Möglichkeit zur Intensivierung des Berufswahlunterrichts für die Hauptschülerinnen und -schüler geben.
- Im Projekt „Arbeiten und Qualifizieren“ (AQUA) wird Schülerinnen und Schülern ohne Hauptschulabschluss, die keinen Ausbildungsplatz und keinen Platz in berufsvorbereitenden Maßnahmen erhalten, für ein Jahr ein betrieblicher Praktikumsplatz angeboten. Die Praktikantinnen und Praktikanten sollen durch diese Maßnahme einen möglichst erfolgreichen Übergang in eine betriebliche Ausbildung, eine berufsvorbereitende Maßnahme oder in eine sozialversicherungs-

pflichtige Beschäftigung finden. Im laufenden Schuljahr sind 71 Jugendliche in dieses Projekt eingebunden.

## **16. Anpassung der Abiturprüfungsverordnung, der Berufsschulordnung, der Berufsfachschulordnung, der Fachschulordnung**

Auf Grund von Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe wurde die schleswig-holsteinische Oberstufenverordnung zum 01. August 1999 angepasst. Für Deutsch, eine Fremdsprache und Mathematik wurde eine durchgehende Beleg- und Einbringungspflicht geregelt. Im sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld muss jetzt Deutsch oder eine Fremdsprache als Abiturprüfungsfach gewählt werden. Zur Stärkung der Fremdsprachenkompetenz werden nunmehr in der Oberstufe neu begonnene Fremdsprachen vierstündig erteilt. Diesen Änderungen der Oberstufenverordnungen folgen jetzt entsprechende Anpassungen der Abiturprüfungsverordnung. Danach ist künftig die wahlweise Einbringung einer „besonderen Lernleistung“ in die Abiturprüfung möglich. Sie soll im Rahmen von zwei aufeinander folgenden Kurshalbjahren als Jahresarbeit erbracht werden und ist schriftlich zu dokumentieren. Ihre Ergebnisse werden in einem Kolloquium vor einem Prüfungsausschuss erläutert. Eine „besondere Lernleistung“ kann auch in Form eines umfassenden Beitrags zu einem von den Ländern geförderten Wettbewerb erbracht werden, sofern er den Anforderungen des Abiturs genügt.

Aufgrund der Änderung des Schulgesetzes 1998 sind zum Schuljahr 1999/2000 eine Reihe neuer Verordnungen für die beruflichen Schulen in Kraft getreten:

In der **Berufsschulordnung (BSO)** bestehen die wesentlichen Veränderungen in der Einführung eines doppelqualifizierenden Bildungsganges für Auszubildende mit dem Ziel des Erwerbs der Fachhochschulreife, in der Straffung des Systems zur Erlangung gleichwertiger Abschlüsse und in einer veränderten Zugangsregelung zum Berufsgrundbildungsjahr, das für Jugendliche mit einer Zusage für die Übernahme in das zweite Jahr einer dualen Berufsausbildung vorgesehen ist.

In der neuen **Berufsfachschulordnung (BFSO)** sind nicht nachgefragte schulische Ausbildungsangebote weggefallen, andererseits ist die Fachrichtung Pharmazie (Pharmaz.-techn. Assist. -Ausbildung nach Bundesrecht) neu aufgenommen worden. Die Ausbildung an der bisherigen Berufsfachschule (BFS) für Wirtschafts-assistenten wurde durch Reduzierung auf die Fachrichtungen Informationsverarbeitung und

Fremdsprachen gestrafft. Die Möglichkeiten des integrativen Erwerbs gleichwertiger Abschlüsse (insbesondere mittlerer Schulabschluss und Fachhochschulreife) sind an den Berufsfachschulen erweitert worden.

Durch die **Fachschulordnung (FSO)** sind die Möglichkeiten des Erwerbs gleichwertiger Abschlüsse erweitert worden, wobei es insbesondere um den integrativen Erwerb der Fachhochschulreife bei Abschluss der mindestens zweijährigen Fachschule unter Einhaltung der zeitlichen und inhaltlichen Rahmenvorgaben sowie der Standards der entsprechenden KMK-Vereinbarung geht. Die erfolgreich abgelegte Meisterprüfung wird mit einem dem Realschulabschluss gleichwertigen Abschluss gleichgestellt.

## **17. Einführung der Berufsoberschule**

Mit der **Berufsoberschulordnung (BOSO)** ist eine neue Schulart eingeführt worden. Die Berufsoberschule (BOS) führt zur fachgebundenen Hochschulreife, die in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zum Studium einschlägiger Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen oder Gesamthochschulen berechtigt.

Durch Unterricht und Prüfung in einer zweiten Fremdsprache kann die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Die BOS dauert bei Vollzeitunterricht zwei Schulleistungsjahre; an die Stelle des ersten Schulleistungsjahres tritt der Besuch der einjährigen Fachoberschule. Die Aufnahme in das zweite Schulleistungsjahr der Berufsoberschule ist ab dem Schuljahr 2000/2001 für Bewerberinnen und Bewerber möglich, die die Fachhochschulreife erworben haben und die beruflichen Aufnahmevoraussetzungen erfüllen.

## **VI TABELLENANHANG**

### **1.1**

Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen nach Schularten 1998/99 bis 2009/10

### **1.2**

Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen berufsbildenden Schulen 1998/99 bis 2009/10

### **1.3**

Schülerinnen und Schüler, Klassen, Klassenfrequenzen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen - Schuljahre 1998/99 und 1999/2000 -

### **1.4**

Schülerinnen und Schüler an öffentlichen berufsbildenden Schulen nach Schularten - Schuljahre 1998/99 und 1999/2000 -

### **1.5**

Klassen und Klassenfrequenzen an öffentlichen berufsbildenden Schulen nach Schularten - Schuljahre 1998/99 und 1999/2000 -

### **1.6**

Übergänge und Übergangsquoten von der 4. Klassenstufe der Grundschule auf die weiterführenden Schulen

### **1.7**

Übergänge und Übergangsquoten von der 4. Klassenstufe der Grundschule auf die weiterführenden Schulen nach Geschlecht und Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **1.8**

Empfehlungen aufgrund des Entwicklungsberichtes für den Übergang in die Orientierungsstufe nach Kreisen

### **1.9**

Anmeldungen für den Übergang in die Orientierungsstufe bzw. die Klassenstufe 5 an Gesamtschulen nach Kreisen

### **2.0**

Relation Schülerinnen und Schüler je Stelle für Lehrkräfte

### **3.1**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an den allgemeinbildenden Schulen nach Schularten im Schuljahr 1999/2000

#### **3.1.1**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Grundschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.1.2**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Hauptschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.1.3**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Förderschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.1.4**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Realschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.1.5**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ am Gymnasium nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.1.6**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an den Gesamtschulen nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **3.2**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler

je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an den berufsbildenden Schulen nach Schularten im Schuljahr 1999/2000

### **3.2.1**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Berufsschule (Teilzeitform) nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.2.1.1**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Berufsschule für Jugendliche mit Ausbildungsverhältnis nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **3.2.2**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an den berufsbildenden Vollzeitschulen nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.2.2.1**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Berufsfachschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.2.2.2**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Fachoberschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.2.2.3**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ am Fachgymnasium nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **3.2.2.4**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach den Indikatoren „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ und „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ an der Fachschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

## **4.1**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach der Bandbreite der nach der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden an allgemeinbildenden Schulen nach Schularten im Schuljahr 1999/2000

### **4.1.1**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach der Bandbreite der nach der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden an der Grundschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.1.2**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach der Bandbreite der nach der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden an der Hauptschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.1.3**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach der Bandbreite der nach der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden an der Realschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.1.4**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach der Bandbreite der nach der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden am Gymnasium nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.1.5**

Darstellung der Unterrichtsversorgung nach der Bandbreite der nach der Stundentafel zu erteilenden Unterrichtsstunden an den Gesamtschulen nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

## **4.2**

Erteilte Lehrerstunden für besondere Maßnahmen an den allgemeinbildenden Schulen nach Schularten im Schuljahr 1999/2000

### **4.2.1**

Erteilte Lehrerstunden für besondere Maßnahmen in der Grundschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.2.2**

Erteilte Lehrerstunden für besondere Maßnahmen in der Hauptschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.2.3**

Erteilte Lehrerstunden für besondere Maßnahmen in der Förderschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.2.4**

Erteilte Lehrerstunden für besondere Maßnahmen in der Realschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.2.5**

Erteilte Lehrerstunden für besondere Maßnahmen im Gymnasium nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.2.6**

Erteilte Lehrerstunden für besondere Maßnahmen in der Gesamtschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

### **4.2.7**

Erteilte Lehrerstunden für präventive und kompensatorische sowie für integrative Maßnahmen von Förderzentren nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

## **4.3**

Erteilte Lehrerstunden für Differenzierungsstunden an den berufsbildenden Schulen nach Schularten im Schuljahr 1999/2000

### **4.3.1**

Erteilte Lehrerstunden für Differenzierungsstunden an der Berufsschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **4.3.1.1**

Erteilte Lehrerstunden für Differenzierungsstunden an der Berufsschule für Jugendliche mit Ausbildungsverhältnis nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **4.3.2**

Erteilte Lehrerstunden für Differenzierungsstunden an der Berufsfachschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **4.3.3**

Erteilte Lehrerstunden für Differenzierungsstunden an der Fachoberschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **4.3.4**

Erteilte Lehrerstunden für Differenzierungsstunden am Fachgymnasium nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **4.3.5**

Erteilte Lehrerstunden für Differenzierungsstunden an der Fachschule nach Kreisen im Schuljahr 1999/2000

#### **5.1**

Relation „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ im Schuljahr 1998/99 im Vergleich zum Länderdurchschnitt

##### **5.1.1 und 5.1.2**

Relation „Schülerinnen und Schüler je Klasse“ in den Schuljahren 1990/91 bis 1998/99 im Vergleich zum Länderdurchschnitt

#### **5.2**

Relation „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler“ im Schuljahr 1998/99 im Vergleich zum Länderdurchschnitt

#### **6.1**

Bewerbungen und Einstellungen in den Vorbereitungsdienst

#### **6.2**

Bewerbungen und Einstellungen in den Schuldienst

**7.7** Schülerinnen und Schüler, Ausländer und Aussiedler nach Schularten und Kreisen im Schuljahr 1999/2000

**Hinweis:**

Die in dieser Drucksache erwähnten Anlagen können bei Bedarf über folgende Telefonnummern bezogen werden.

0431/988-1050 und -1051